

Bulletin 2·2006

Dossier | Forschungsförderung in Europa
Encouragement de la recherche en Europe

Inhalt – Sommaire

Editorial

- 5 Weichenstellungen für den Forschungsplatz Schweiz

Wissenschaftspolitik – Politique scientifique

- 7 Der freie Zugang zu Informationen zwischen technischer Ermöglichung und rechtlichen Einschränkungen – der Entwurf zum revidierten Urheberrecht berücksichtigt die Anliegen der Forschung nur ungenügend
- 10 Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Forschung am Menschen: Wissenschaftspolitische Debatte im Rahmen der Jahresversammlung 2006 der SAGW
- 12 sesam – ein Forschungsschwerpunkt verunsichert die Bevölkerung
Interview mit Alexander Grob
- 15 Keine Forschungsförderung auf Kosten der Menschenwürde
Interview mit Carola Meier-Seethaler

SAGW-News-ASSH

- 18 Colloque «TA-SWISS élargit ses perspectives»
- 20 Ärzte sollen ein Gespür für Geschichten entwickeln
- 23 Prix Jubilé 05-06 – Edition anniversaire
- 25 «Die Goldene Brille» – Ausschreibung des SAGW-Medienpreises
- 26 Création du curatorium Codices electronici Confoederationis Helveticae (CeCH)
- 26 Neues aus dem Vorstand

Schwerpunkte – Projets prioritaires

- 27 Projet prioritaire développement durable: la commission pour le développement durable de l'ASSH a commencé son travail
- 29 Der «Wunsch nach einem guten Leben»

Impressum

Bulletin 2, Juni 2006. Erscheint viermal jährlich.

Herausgeberin: Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften, Hirschengraben 11, Postfach 8160, 3001 Bern
Tel. +41 (0)31 313 14 40, Fax +41 (0)31 313 14 50, sagw@sagw.ch, www.sagw.ch

Auflage: 2600 Ex.

Redaktion: Markus Zürcher (mz), Beatrice Kübli (bk)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Markus Zürcher (mz), Marlis Zbinden (zb), Beatrice Kübli (bk), Martine Stoffel (ms), Christian Peter (cp), Annina Tischhauser (at), Nadja Birbaumer (nb)

Bilder: S. 21 da; Illustration S. 23 Nicolas Genoud, pictographic; S. 34 Euresearch; S. 37 bk; S. 50 SwissCore

Layout: Daniela Ambühl (da)

Umschlag: Laszlo Horvath, Bern

Korrektorat und Druck: Druck- und Werbebegleitung, 3098 Köniz

Dossier | Forschungsförderung in Europa Encouragement de la recherche en Europe

- 31 «Forschungsförderung in Europa»
 33 Coopération. *Daniela di Mare*
 35 | Projet intégré. «Dynamiques langagières et gestion de la diversité» DYLAN
Interview avec Anne-Claude Berthoud
 39 Ideas
 40 People. *Daniela di Mare*
 42 Capacités. *Daniela di Mare*
 43 | Des infrastructures de recherche en sciences sociales: quelques éléments
 pour un grand débat. *Interview avec Dominique Joye*
 47 Euresearch. *Daniela di Mare*
 49 Avec SwissCore, la recherche suisse bénéficie d'une plateforme à Bruxelles
 51 Wissenschaftliche Zusammenarbeit in Europa hat einen Namen: COST
Eva M. Klaper
 53 Europäische Zusammenarbeit nationaler Forschungsförderer. *Jürg Pfister*

Mitgliedgesellschaften – Sociétés membres

- 55 Neue Präsidentinnen und Präsidenten
 56 Rückblick und Ausblick
 57 Bestellschein
 58 Generalsekretariat

Editorial

Weichenstellungen für den Forschungsplatz Schweiz

In den kommenden Wochen und Monaten stehen wegweisende Entscheide für die Zukunft des Bildungs- und Forschungsplatzes Schweiz an. Mit einer überwältigenden Mehrheit haben Volk und Stände die neue Bildungsverfassung angenommen und damit den zuständigen Behörden den Auftrag erteilt, den Bildungsraum Schweiz zu schaffen. In der konkreten Umsetzung verlangt dies im Hochschulbereich, dass Universitäten, Fachhochschulen und ETH ihre kontraproduktiven Rivalitäten einstellen und in Forschung und Lehre die notwendigen Konzentrations- und Koordinationsprozesse einleiten.

In den Sommermonaten wird der Bundesrat die Botschaft über die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2008–2011 zuhanden der eidgenössischen Räte verabschieden. Wie ein Blick in die Planungsunterlagen der zuständigen Institutionen zeigt, erfordert eine wirksame Förderung eine jährliche Aufstockung der Kredite um mindestens 10%. Dies ist umso notwendiger, als sich zwischen den Bekenntnissen und der Realität eine erhebliche Lücke öffnet: Statt dem ursprünglich vorgesehenen Wachstum in der Höhe von 6% beträgt dieses heute noch knapp 3%. Obwohl von den massgeblichen politischen Kräften stets als prioritär bezeichnet, findet sich der Bildungs- und Forschungsbereich beim Wachstum der staatlichen Ausgaben erst an fünfter Stelle. Eine deklarierte Priorität wurde in der Realität zur Posteriorität, und ein erklärter Wille, entschieden

Gegensteuer zu geben, ist nicht erkennbar. Uneinheitlich präsentieren sich jedenfalls die Vorstellungen der Bundesratsparteien, die, soweit sie sich überhaupt festgelegt haben, zusätzliche Investitionen zwischen 6% und 10% zu bewilligen gewillt sind. Soll ein klarer Schwerpunkt zugunsten von Bildung und Forschung gelegt werden, so gilt es, den Überzeugten den Tatbeweis zugunsten des Forschungsplatzes Schweiz abzurufen.

Mit der Frage, ob sich die Schweiz auf der Basis eines bilateralen Abkommens vollumfänglich am 7. EU-Forschungsrahmenprogramm beteiligen und damit ihre Stärken uneingeschränkt in den europäischen Bildungsraum einbringen kann, steht im Parlament ein weiterer wichtiger Entscheid an. Mit neuen Bildungsprogrammen und dem Einbezug der Grundlagenforschung werden von der europäischen Forschungsförderung starke Impulse ausgehen, die von der Schweiz nur unter der Bedingung einer Assoziation mitgestaltet werden können. Der Preis dafür sind deutlich höhere Beiträge. Wie die jüngsten Daten zeigen, gelang es den Schweizer Forschenden bisher, die zur Verfügung gestellten Mittel über Projektbeteiligungen zu 100% wieder zurückzuholen, oder anders ausgedrückt: Kann das Niveau gehalten werden, so wird jeder Franken, der von der Schweiz in das 6. Forschungsrahmenprogramm einbezahlt wurde, der Schweizer Forschung zugute kommen. Mit dem Dossier in diesem Bulletin wollen wir unseren bescheidenen

Beitrag zu unverminderten und weiterhin erfolgreichen Anstrengungen leisten. Durch die schrittweise Öffnung der europäischen Forschung für die Geistes- und Sozialwissenschaften sind unsere Disziplinen besonders gefordert, ihren Beitrag zu einer ausgeglichenen Bilanz zu leisten.

Nebst den Mitteln ist für die gedeihliche Entwicklung von Bildung und Forschung die Schaffung förderlicher Rahmenbedingungen von grösster Bedeutung. Ganz entschieden werden diese durch die Ausgestaltung des Urheberrechtes tangiert, das gegenwärtig revidiert wird. Einmal mehr muss selbstkritisch festgehalten werden, dass Forschung und Bildung ihre Anliegen bisher mit zu geringem Druck und entsprechend erfolglos vorgetragen haben. Die nun dem Parlament überwiesene Vorlage schränkt die Nutzung der neuen Informationstechnologien zum Nachteil von Forschung und Lehre ein. Statt geringer Kosten für die Diffusion und Beschaffung von Informationen drohen Einschränkungen beim Zugang und der Verbreitung sowie zusätzliche Belastungen für Schulen und Universitäten. Soll der drohende Schaden, den die Experten in diesem Bulletin aufzeigen, abgewendet werden, so müssen nun umgehend konkrete Verbesserungs-

vorschläge zuhanden der vorberatenden parlamentarischen Kommission ausgearbeitet werden. Wir werden Sie informieren und um Unterstützung ersuchen, sobald diese vorliegen.

Schliesslich fällt es uns nicht einfach, die Frage zu beantworten, ob geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung dem Bundesgesetz über die Forschung am Menschen unterstellt werden soll oder nicht. Dagegen spricht die Erwägung, dass mit dem im Entwurf vorliegenden Gesetz primär auf Problemstellungen reagiert wird, die der medizinisch-biologischen Forschung erwachsen sind, die Geistes- und Sozialwissenschaften nicht in instrumenteller Absicht «am Menschen» forschen, sondern in reflektiver Absicht «über den Menschen». Für eine Unterstellung unserer Disziplinen spricht hingegen die Möglichkeit, auch geistes- und sozialwissenschaftliche Projekte durch Ethikkommissionen prüfen zu lassen. Gelegenheit, unsere Position zu konsolidieren, bietet die im Rahmen unserer Jahresversammlung geplante Podiumsdiskussion am 16. Juni in Lausanne.

*Dr. Markus Zürcher
Generalsekretär*

Der freie Zugang zu Informationen zwischen technischer Ermöglichung und rechtlichen Einschränkungen – der Entwurf zum revidierten Urheberrecht berücksichtigt die Anliegen der Forschung nur ungenügend

(at/mz) Wie im Bulletin 1/06 vermeldet, haben die wichtigsten Schweizer Institutionen gemeinsam die sogenannte «Berlin Declaration on Open Access to Knowledge in the Science and Humanities» unterzeichnet (siehe unter: www.zim.mpg.de/openaccess-berlin/berlindeclaration.html). Sie unterstreichen damit auch die Unabdingbarkeit eines freien Informationsflusses für Wissenschaft und Forschung. Dieser Grundvoraussetzung eines funktionierenden Wissenschaftssystems läuft der Anfang März vom Bundesrat an das Parlament überwiesene Revisionsentwurf des Urheberrechtsgesetzes (E-URG) zuwider. Der Entwurf trägt den wiederholt vorgetragenen Anliegen der Forschung nicht Rechnung. Nun ist das Parlament, das die Vorlage voraussichtlich in der kommenden Herbstsession behandelt, gefordert, die notwendigen Korrekturen vorzunehmen.

Die neuen Informationstechnologien potenzieren die Möglichkeiten von in Forschung und im Kulturbereich Tätigen, Mensch und Gesellschaft in ihrer Geschichtlichkeit und Gegenwart mittels Bild, Ton und Text darzustellen. Sie würden es insbesondere erlauben, allen Interessierten einen kostengünstigen und bequemen Zugang zum kulturellen Fundus zu verschaffen. Forschende wie Interessierte könnten von einer schnellen und umfassenden Vermittlung neuer Forschungsergebnisse profitieren. Die Nutzung dieser Möglichkeiten und Potenziale droht nun durch eine auf die Interessen der Musikindustrie zugeschnittene Revision des Urheberrechts verhindert zu werden. So besteht die grosse Gefahr, dass der kulturelle Fundus kommerzialisiert wird und damit kostenpflichtig wird, was bisher dem *domaine public* gehörte. Durch technische Schutzmassnahmen und das «Digital Rights Management» (DRM) wird die

Nutzung der Vorteile der neuen Informationstechnologien, die kostengünstige Kopie für Unterricht und Lehre sowie für Sicherungs- und Dokumentationszwecke, verhindert. Nach Auffassung namhafter Experten, denen wir weiter unten das Wort geben, werden dadurch bisher unbestrittene Nutzungsrechte ausgehebelt. Die SAGW hat bereits an einer im Frühjahr 2005 durchgeführten, viel beachteten Tagung in Bern die gravierenden Mängel des Revisionsentwurfes und deren Folgen thematisiert (vgl. Bulletin 1/05). In der Folge wurde eine von zahlreichen Persönlichkeiten und Institutionen aus Wissenschaft und Kultur unterstützte «Resolution gegen die Behinderung der wissenschaftlichen Arbeit durch die Verschärfung des Urheberrechtsgesetzes» erlassen (vgl. Bulletin 2/05).

Auch in Deutschland stösst eine ähnlich gelagerte Reform des Urheberrechts zunehmend auf Kritik. «Deutschland

droht ein bildungs- und wissenschaftsfeindliches Land zu werden», beklagte Ende März das Aktionsbündnis «Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft» (vgl. Das unabhängige Hochschulmagazin, duz, 7.4.2006). Der neue Gesetzesentwurf, so die Vertreter des Aktionsbündnisses, bediene vor allem die Interessen der Informationsindustrie. Die Interessen von Bildung und Wissenschaft hingegen würden an den Rand gedrängt und Forschung und Lehre massiv behindert. Die beiden Experten, Dr. Peter Mosimann und Dr. Mathis Berger, zeigen im Folgenden die Defizite und Lücken auf, die das Parlament im Interesse von Forschung, Wissenschaft, Archiven, Bibliotheken, Museen beseitigen sollte.

Der Entwurf zum URG erschwert den Zugang zur digitalen Wissensgesellschaft

Dr. Peter Mosimann, Präsident des Dachverbandes für Urheber- und Nachbarschaftsnutzer (DUN)

1. Die Schweiz verfügt über einen grossen Rohstoff: WISSEN. Die Schweiz ist eine Wissensgesellschaft. Kreatives Schaffen ist unsere Stärke. Dieses wird durch das Urheberrecht geschützt. Das bisherige Urheberrechtsgesetz ist ein ausbalanciertes System, das den Urheber mittels individueller und kollektiver Verwertung schützt, aber auch die Informationsfreiheit hochhält. Wie? Durch Gewährung grundrechtlich gesicherter Urheberrechtsschranken. So wird der Zugang zum Fundus des

Wissens sichergestellt, dem *Free Flow of Information*.

Der E-URG ist ein Kniefall vor Hollywood, er schützt nur die Interessen der amerikanischen Musikindustrie. Er versagt beim Schutz der Interessen des kreativen Schaffens im digitalen Zeitalter. Er zerstört den unkomplizierten Zugang zum kulturellen Fundus und gefährdet dadurch den *Free Flow of Information*, eine wichtige Voraussetzung für kulturelle Vielfalt. Der DUN beklagt das Versagen der Revisionsvorlage in der Wissensgesellschaft Schweiz.

Für den DUN greift die Revisionsvorlage zu kurz. Sie ist einseitig, schützt kritiklos die DRM-Systeme der US-Majors mit technischen Schutzmassnahmen und unterlässt es, die Urheberrechtsschranken zu gewährleisten.

2. Der E-URG hat es verpasst, die mehrfachen Belastungen der Nutzer zu beseitigen und die Bestimmung über die angemessene Vergütung (Art. 60 URG) unter Würdigung der Nutzerinteressen neu zu gestalten. Entgegen den Angaben in der Botschaft wird sich die Revisionsvorlage für die öffentliche Hand teuer auswirken, insbesondere im schulischen und universitären Bereich.
3. Die Aufteilung der Revisionsvorlage in Bundesbeschluss und Bundesgesetz verletzt den im Gesetzgebungsverfahren anerkannten Grundsatz der Einheit der Materie. Der DUN verlangt eine gemeinsame Behandlung und Verabschiedung der beiden Vorlagen.

4. Der DUN kritisiert zudem das Fehlen eines Produzentenartikels.
5. Der DUN begrüsst jedoch den Entscheid des Bundesrates, auf eine Geräteabgabe zu verzichten.

Das neue Urheberrecht: Highway oder Sackgasse?

Dr. Mathis Berger, Geschäftsführer des Schweizer Forums für Kommunikationsrecht

Archive, Bibliotheken, Museen und die Wissenschaften sind von zentraler Bedeutung für die Wissensgesellschaft. Die genannten Institutionen erschaffen Wissen, erhalten dieses zugunsten der Gesellschaft und vermitteln dessen Kenntnis an die Allgemeinheit. Damit diese Aufgaben effektiv und effizient erfüllt werden können, sind urheberrechtliche Massnahmen notwendig:

1. Inhalte müssen erhalten werden. Notwendig ist dafür die Erlaubnis, sämtliche Handlungen vorzunehmen, um Archivierungs- und Sicherungsexemplare herzustellen, wie dies im Entwurf vorgesehen ist. Erlaubt sein muss zu diesen Zwecken auch das Umgehen von technischen Schutzmassnahmen. Im Ansatz richtig ist Art. 39a Abs. 4 E-URG; es fehlt aber die ausdrückliche Erlaubnis sowie eine Unterstützungspflicht durch die Anwender von DRM, um fehlende Spezialkenntnisse zu überbrücken.

2. Die Schaffung von neuem Wissen setzt zwingend den Austausch von wissenschaftlichen Erkenntnissen voraus. DRM verteuert diesen Austausch massiv. Es ist daher eine Schutzschranke für die öffentlich finanzierte Forschung vorzusehen. Dadurch wird auch die finanzielle Belastung der Allgemeinheit reduziert.

3. Aufbau, Erhaltung und Vermittlung von Wissensbeständen sollen nicht übermässig erschwert werden. Daher ist von der Einführung eines Folgerechts, eines Vermiet- und Verleihrechts sowie von einer Geräteabgabe abzusehen.

Zusammenfassend: Der Revisionsentwurf ist für die Wissensgesellschaft eine schmale Durchgangsstrasse, aber bei weitem kein Highway.

Weitere Informationen zum Inhalt des neuen URG und zu seinen Auswirkungen auf die Wissensgesellschaft finden sich unter www.urheberrecht.ch. Dort kann auch ein übersichtlicher Pocketguide bestellt werden.

Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Forschung am Menschen: Wissenschaftspolitische Debatte im Rahmen der Jahresversammlung 2006 der SAGW

(zb) Am 16. Juni 2006 stellt die SAGW das im Entwurf vorliegende Gesetz über die Forschung am Menschen, kurz «Humanforschungsgesetz», zur Diskussion. Die Veranstaltung beginnt um 15.30 Uhr und findet an der Universität Lausanne im «bâtiment Internef», salle 273, statt.

Forschung am und mit dem Menschen ist immer mit Eingriffen in die physische und/oder in die psychische Integrität verbunden. Dies wird ethisch insbesondere dann problematisch, wenn an Menschen mit beschränkter Urteilsfähigkeit, z.B. an Kindern, geforscht werden soll. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat nun einen entsprechenden Gesetzesentwurf ausgearbeitet und den interessierten Kreisen mit Frist bis zum 31. Mai zur Vernehmlassung unterbreitet.

Bisher wurde die Forschung am Menschen auf kantonaler Basis durch die kantonalen Ethikkommissionen geregelt, was zu komplizierten und uneinheitlichen Verfahren führte, insbesondere bei Forschungsprojekten in nationalem oder internationalem Rahmen. Das neue Gesetz will hier Abhilfe schaffen, indem damit Bewilligungen für Forschungsprojekte auf eine neue, gesamtschweizerische Basis abgestützt werden können.

In der Diskussion um das neue Gesetz wurde bisher in erster Linie die Forschung in den medizinischen Wissenschaften berücksichtigt, etwa bei Studien über die Wirkung von neuen Medikamenten am Menschen. Ausgeblendet blieb dabei die

Forschung in geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen, etwa der Ethnologie, Soziologie, Anthropologie oder der Psychologie – gerade Letztere ist durch den aktuellen Forschungsschwerpunkt «sesam» in den öffentlichen Fokus gelangt, und kritische Stimmen sind nicht ausgeblieben.

Das Thema wird mittels vier kurzer Impulsreferate eingeführt, wobei Rainer J. Schweizer (Universität St. Gallen und Vorstandsmitglied SAGW) die rechtlichen Grundlagen, Alberto Bondolfi (Universität Lausanne, Mitglied der Nationalen Ethikkommission) die theologischen und Michel Vallotton (Universität Genf, ehemaliger Präsident der Zentralen Ethikkommission der SAMW) die ethischen Aspekte darlegen wird. Die Anforderungen und Implikationen eines konkreten sozialwissenschaftlichen Forschungsprojektes an das Gesetz wird Alexander Grob (stellvertretender Direktor des Forschungsschwerpunktes sesam) aufzeigen. An der Podiumsdiskussion wird sich überdies die Philosophin und Psychotherapeutin Carola Meier-Seethaler beteiligen, die unlängst aus Protest gegen den Gesetzesentwurf aus der Nationalen Ethikkommission zurückgetreten ist.

Programme / Programm

| | | |
|-------|---|--|
| 15.30 | Bienvenue | <i>Prof. Anne-Claude Berthoud</i> <i>Présidente de l'ASSH</i> |
| 15.35 | Verfassungsartikel und Bundesgesetz über die Forschung am Menschen: Entstehung und leitende Grundsätze | <i>Prof. Rainer J. Schweizer</i> <i>Membre du comité de l'ASSH</i> |
| 15.45 | Ethique et recherche avec des êtres humains. Possibilités et limites du droit dans ce domaine | <i>Prof. Alberto Bondolfi</i> <i>Université de Lausanne</i> |
| 16.00 | L'encadrement de la recherche sur l'être humain: niveaux international et national | <i>Prof. Michel Vallotton</i> <i>Université de Genève</i> |
| 16.15 | NFS sesam: eine multizentrische, multidisziplinäre und multigenerationale Längsschnittstudie zur Entwicklung der bio-psycho-sozialen Gesundheit | <i>Prof. Alexander Grob</i> <i>Université de Bâle</i> |
| 16.30 | Table ronde et discussion | <i>Dr. Carola Meier-Seethaler</i> <i>Prof. Alberto Bondolfi</i> <i>Prof. Michel Vallotton</i> <i>Prof. Alexander Grob</i> Moderation: <i>Prof. Rainer J. Schweizer</i> |
| 17.45 | Conclusion | <i>Prof. Anne-Claude Berthoud</i> |
| Apéro | | |

Informationen und Anmeldung: Marlis Zbinden, Tel. 031 313 14 46/40
E-Mail: marlis.zbinden@sagw.ch oder auf www.sagw.ch

sesam – ein Forschungsschwerpunkt verunsichert die Bevölkerung

(bk) Der vom Schweizerischen Nationalfonds genehmigte Forschungsschwerpunkt sesam steht seit geraumer Zeit in der Diskussion und führt zu Verunsicherung. Der Basler Appell gegen Gentechnologie kritisierte, dass Geld für die «fremdnützige Forschung an Kindern» gesprochen wurde, bevor die kantonale Ethikkommission das Projekt genehmigen konnte, und fordert die Sistierung des Projektes. Mitte März reichte er bei der Ethikkommission beider Basel eine Petition mit 12 000 Unterschriften ein. Wir erkundigten uns bei Prof. Dr. Alexander Grob, Ordinarius für Entwicklungs- und Persönlichkeitspsychologie und Vizedirektor Nationaler Forschungsschwerpunkt sesam, worum es bei sesam geht und wie er mit diesem Widerstand umgeht.

Beatrice Kübli: Sie sind in der Leitungsgruppe des Nationalen Forschungsschwerpunkts «Schweizerische ätiologische Studie zur psychischen Gesundheit», kurz sesam. Können Sie zusammenfassen, worum es da geht?

Alexander Grob: Es geht darum, die Entwicklung von Kindern im Lebenskontext zu beschreiben, wie dabei die seelische Gesundheit besser geschützt werden kann und welches die Ursachen von seelischen Erkrankungen wie Depressionen, Angst- und Suchtkrankheiten sind. Denn obwohl es kaum etwas gibt, das uns mehr bedeutet als unsere Gesundheit und die unserer Angehörigen, ist das Wissen über die Ursachen von psychischer Gesundheit und Krankheit gänzlich ungenügend: Wenn heute ein Kind Depressionen und Schulprobleme hat, kann kaum festgestellt werden, was Ursache und was Folge ist. Zieht sich das Kind immer mehr zurück und erzielt es schlechtere Leistungen, weil es unter einer Depression leidet, oder haben die vermehrte Isolation und die Schulprobleme zur Depression geführt? Diese typi-

sche Situation bei psychischen Erkrankungen ist unbefriedigend: Die Wissenschaft weiss zwar viel über Korrelationen und Begleitumstände von psychischen Erkrankungen, aber zu wenig über die Ursachen und die Entstehung. Um dem Kind wirksam zu helfen, müssen jedoch die Ursachen der Probleme bekannt sein. Dies gelingt nur, wenn der Entwicklungsverlauf von Kindern im natürlichen Lebenskontext von Beginn an über die Kindheit und das Jugendalter hinweg in interdisziplinärer Zusammenarbeit untersucht wird.

Gegen sesam wurde kürzlich bei der Ethikkommission beider Basel eine Petition mit 12 000 Unterschriften eingereicht. Das gabs bisher noch nie. Überrascht Sie dieser Widerstand, oder haben Sie damit gerechnet?

Erst einmal bin ich als Forscher und Vater von zwei Kindern froh, dass der Bevölkerung die Schutzbedürftigkeit von Kindern ein wichtiges Anliegen ist. In diesem

*Sinne sind die Unterschriften positiv zu werten. Die Kampagne gegen sesam hat uns insofern überrascht, als sie eingesetzt hat, noch bevor sesam für die zuständigen Ethikkommission die Untersuchungs- und Informationsdetails erarbeiten konnte. Also lange bevor überhaupt Untersuchungen mit Menschen stattgefunden haben. Zum anderen waren wir von der Art und Weise überrascht, wie eine *Pressure Group* «natürliche Ängste» der Bevölkerung instrumentalisiert, um mit irreführenden, unwahren und diffamierenden Behauptungen ein Forschungsprojekt zu diskreditieren. Die Kampagne des Basler Appells hat sesam unlautere Motive und illegale Forschungsinhalte unterstellt. Vorwürfe, die absurd sind und vom Bundesrat und der Basler Regierung mit aller Deutlichkeit widerlegt wurden.*

Können Sie sich erklären, woher diese Opposition in der Bevölkerung kommt?

Wie gesagt stellen Kinder in unserer Gesellschaft zu Recht eine besonders schützenswerte Gruppe dar. Das kommt zum Beispiel im Zivil- und Strafrecht oder in allen modernen ethischen Forschungsrichtlinien zu Ausdruck. Auch gilt, wann immer wir es in der Forschung oder in der Öffentlichkeit mit Kindern zu tun haben, dass Emotionen im Spiel sind. Zweitens sind die irreführenden und unwahren Sachverhalte der Kampagne gegen sesam von Bedeutung. Drittens haben in der Schweiz forschungskritische Einstellungen eine Tradition. Hier büsst sesam dafür, dass die Forschung insgesamt immer noch

zu wenig tut, um sich der Bevölkerung zu erklären und mit ihr in Dialog zu treten. Sobald sesam die detaillierten Untersuchungs- und Informationsdetails erarbeitet hat, werden sie deshalb via Homepage www.sesamswiss.ch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Ich bin aber überzeugt, dass die meisten Personen, welche die Petition unterschrieben haben, kindgerecht durchgeführte Forschung, welche die Grundlagen für bessere Gesundheit, Entwicklungschancen und Lebensqualität von Kindern erarbeitet, nicht verbieten wollten. Die meisten Personen wollten mit ihrer Unterschrift mögliche Missbräuche und Instrumentalisierungen durch Forschung verhindern.

Eine gute psychische Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die gesunde Entwicklung und Lebenszufriedenheit. Leider sieht die Realität ganz anders aus. Kinder und Jugendliche in der Schweiz sind eine Hauptrisikogruppe für psychische Erkrankungen: Rund 50% der psychischen Erkrankungen beginnen in der Schweiz bereits vor dem Alter von 14 Jahren, und Kinder leiden besonders stark darunter, weil sie noch weniger Bewältigungsstrategien ausgebildet haben und zudem durch die Probleme in ihrer weiteren Entwicklung stark beeinträchtigt werden. Forschungsverbote, wie sie die irreführende und unwahre Kampagne gegen sesam anstrebt, können nicht im Interesse der Kinder sein. Eine Folge davon wäre, dass kranke Kinder künftig weiterhin in wenig kontrollierter Weise Massnahmen und Therapien ausgesetzt werden müssten, die klinisch nur an Erwachsenen

«Jede Forschung mit Menschen soll sich an klare, öffentlich kontrollierbare Rahmenbedingungen halten.»

erprobt wurden, obwohl Kinder entwicklungsbedingt ganz anders reagieren. Ein konkretes Beispiel aus dem Jahre 2003: In den Medien kam es zu einer grossen Empörung, weil bei Kindern und Jugendlichen mit einer depressiven Erkrankung nach der Einnahme von Antidepressiva (SSRI) eine erhöhte Selbstmordrate beobachtet wurde. Hier gab es zu jenem Zeitpunkt zu wenig kontrollierte Studien zur medikamentösen Behandlung von Kindern mit Depressionen. Forschungsbefunde für Erwachsene wurden und werden immer noch auf die Kinder übertragen.

Wie geht die Projektleitung mit den Gegnern des Forschungsschwerpunkts um?

sesam ist gern bereit, mit allen Personen und Organisationen zusammenzuarbeiten, die echte Befürchtungen haben und zu einem konstruktiv-kritischen Dialog bereit sind. Hierfür werden auch zwei ständige Gremien geschaffen, welche unsere Forschungsprojekte begleiten: das Publiforum und das ethisch-juristische Komitee. Anders sieht es beim Basler Appell gegen Gentechnologie aus: sesam hat die Gruppe bereits vor Monaten mehrmals zu Gesprächen eingeladen. Diese wurden mit dem

Hinweis abgelehnt, dass man nur im Beisein der Presse zu einer Zusammenkunft bereit sei.

Könnte das Humanforschungsgesetz, welches die Forschung reglementieren wird, solchen Widerständen entgegenwirken?

Viele Unsicherheiten in der Bevölkerung gehen auf mangelnde Informationen zurück oder auf Desinformationen von *Pressure Groups*. Zum einen muss die Forschung insgesamt künftig besser kommunizieren, weshalb sie was tut. Zum anderen bietet das Humanforschungsgesetz eine gute Möglichkeit, Fragen wie den Einbezug von besonders schutzwürdigen Personengruppen in die Forschung konkret und anschaulich zu debattieren. Ich bin überzeugt, dass die informierte Bevölkerung sich für vernünftige Lösungen entscheidet, hingegen zu Recht mögliche Fehlentwicklungen oder Missbräuche der Forschung verhindern will. Dies ist ganz im Interesse von sesam: Jede Forschung mit Menschen soll sich an klare, öffentlich kontrollierbare Rahmenbedingungen halten.

Interview: Beatrice Kübli

Keine Forschungsförderung auf Kosten der Menschenwürde

Frau Dr. Carola Meier-Seethaler, Philosophin und Psychotherapeutin, war bis vor kurzem Mitglied der Nationalen Ethikkommission im Bereich Humanmedizin. Aus Protest gegen das neue Humanforschungsgesetz hat sie dieses Amt inzwischen niedergelegt. Die SAGW fragte nach den Hintergründen und erkundigte sich auch nach der generellen Rolle der Ethikkommission.

Beatrice Kübli: Sie sind vor kurzem unter Protest aus der Nationalen Ethikkommission im Bereich Humanmedizin zurückgetreten. Weshalb?

Carola Meier-Seethaler: Der Anlass für meinen Rücktritt war das Symposium der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) «Forschung am Menschen. Der Gesetzesentwurf in der Diskussion» vom 31. März. Prof. Thomas Zeltner, Direktor des Bundesamtes für Gesund-

heit, erklärte, das

schaffen, um international konkurrenzfähig zu sein. Das Hauptanliegen des Humanforschungsgesetzes scheint die Forschungsförderung zu sein und erst in zweiter Linie der Schutz der Menschenwürde und der Persönlichkeit. Das kommt auch bereits im Entwurf des Verfassungsartikels 118a zum Ausdruck, wo steht: «Der Bund erlässt Vorschriften über die Forschung am Menschen im Gesundheitsbereich. Er sorgt dabei unter Beachtung der Forschungsfreiheit für den Schutz der Menschenwürde und der Persönlichkeit.» In keinem anderen Verfassungsartikel wurde bis jetzt der Schutz der Menschen-

würde unter eine Bedingung gestellt. Diese Tendenz kann ich nicht mit meinem Verständnis der Grundrechte vereinbaren.

Störend finde ich auch die zweitrangige Rolle, die für die Ethikkommissionen vorgesehen ist. So ist beispielsweise im Bericht zum Humanforschungsgesetz zu lesen: «Die anzuwendenden Kriterien ... werden abschliessend durch das Gesetz festgelegt.» Hier geht plötzlich Recht der Ethik voraus, und das ist philosophisch gesehen unhaltbar. Das Recht muss sich ändern, wenn die Gesellschaft zu einem anderen ethischen Konsens kommt. Wir haben die Tendenz zu einer Verrechtlichung ethischer Prinzipien, und es besteht die Gefahr, dass sich die Ethik im Recht auflöst.

Welche Bereiche des Humanforschungsgesetzes finden Sie besonders kritisch?

Mich beunruhigt beispielsweise die Ziffer c des Verfassungsartikels 118a, mit dem erlaubt wird, urteilsunfähige Personen auch gegen ihren Willen als Versuchspersonen zu rekrutieren, wenn damit eine Verbesserung ihrer Gesundheit zu erwarten ist. Das ist sehr vage, und ich werde

«Mein Protest gilt der Gesamt-Gesetz solle günstige Rahmenbedingungen für die Forschung schaffen, um international konkurrenzfähig zu sein. Das Hauptanliegen des Humanforschungsgesetzes scheint die Forschungsförderung zu sein und erst in zweiter Linie der Schutz der Menschenwürde und der Persönlichkeit. Das kommt auch bereits im Entwurf des Verfassungsartikels 118a zum Ausdruck, wo steht: «Der Bund erlässt Vorschriften über die Forschung am Menschen im Gesundheitsbereich. Er sorgt dabei unter Beachtung der Forschungsfreiheit für den Schutz der Menschenwürde und der Persönlichkeit.» In keinem anderen Verfassungsartikel wurde bis jetzt der Schutz der Menschen-

tendenz, die Forschungsfreiheit über die Menschenwürde zu stellen.»

den Verdacht nicht los, dass es letztlich darum geht, möglichst viele Versuchspersonen für die Forschung bereitzustellen. Aber solche einzeln stossende Bestimmungen allein hätten nicht zu meinem Rücktritt geführt. Mein Protest gilt der Gesamttendenz, die Forschungsfreiheit über die Menschenwürde zu stellen.

*Werden durch das Humanforschungsge-
setz die Ethikkommissionen überflüssig?*

Nein, sicher nicht. Es gibt ja immer wieder neue Bereiche, die noch nicht gesetzlich geregelt sind. Aber die Ethikkommissionen, insbesondere die kantonalen, welche die Bewilligungen für einzelne Projekte erteilen, werden ganz klar eingeschränkt. Indem sie strikt an den Gesetzestext gebunden sind, können sie das einzelne Projekt gar nicht mehr in seinem ganzen Kontext beurteilen. Wird eine Bewilligung verweigert, kann zudem geklagt werden. Letztlich ist folglich alles nur noch eine Frage der juristischen Auslegung.

Sind die nationalen Ethikkommissionen Ihrer Ansicht nach wirksame Einrichtungen, oder wäre eine gesetzliche Regelung sinnvoller?

Beide nationalen Ethikkommissionen, diejenige im Bereich Humanmedizin, NEK/CNE, und die im ausserhumanen Bereich, EKAH, halte ich für gute Einrichtungen. Allerdings haben beide im Unterschied zu den kantonalen Ethikkommissionen nur beratende Funktion für den

Bundesrat und das Parlament. Dennoch haben sie die wesentliche Aufgabe, schon vor einem Gesetzesentwurf die grundsätzlichen ethischen Fragen zu klären.

Die Mitglieder der Ethikkommission kommen aus unterschiedlichen Bereichen und sind entsprechend eher für oder gegen eine Reglementierung der Forschung. Gibt es da Annäherungen und eine Durchmischung der Ansichten, oder sind tendenziell immer dieselben in der Minderheit?

Es ist beabsichtigt, dass die Mitglieder der Ethikkommission ganz verschiedene Positionen haben, und eigentlich so gedacht, dass sich die Ansichten durchmischen. Bei einigen besteht die Tendenz, der Forschung grosse Freiheit zu geben, und mit meiner Meinung war ich da eher in der Minderheit. Aber auch wenn sich die grundsätzlichen Ansichten immer etwa gleich bleiben, ist es wertvoll, die ethischen Probleme aus unterschiedlichen Perspektiven aufzuzeigen und darüber zu diskutieren.

In letzter Zeit besteht der Trend, die Forschung im Dienste des Wettbewerbs und der Innovation einzusetzen. Was halten Sie von dieser Entwicklung?

Die Wettbewerbsfähigkeit als ewiges Tot-schlägerargument ist mir einfach zuviel. Ich wehre mich dagegen, dass Wettbewerbs- und Konkurrenzfähigkeit als höchster Massstab gelten sollen. Alles dient nur noch dem Forschungs- und damit

dem Wirtschaftsstandort Schweiz. Mir ist diese Verbindung viel zu eng. Ein bedeutender Teil der Forschung wird von der Wirtschaft gesponsert, und das beeinflusst doch die Freiheit der Forschenden. Schliesslich müssen sie ja zu Ergebnissen kommen, die kommerziell genutzt werden können. Dass eine Unternehmung Profit machen muss, verstehe ich. Aber muss es denn, wie im Falle der Pharmaindustrie, eine Profitmaximierung auf Kosten der Kranken sein? Andererseits gibt es auch im Wettbewerb unter den Forschern erheblichen Druck, und deshalb steht nicht mehr jedes Forschungsprojekt im Dienst der Gemeinschaft, sondern wird manches zum Selbstzweck.

Interview: Beatrice Kübli

Colloque «TA-SWISS élargit ses perspectives»

(ms) Le 21 avril 2006, l'ASSH a organisé avec TA-SWISS le colloque «TA-SWISS élargit ses perspectives» à Neuchâtel au Palais du Peyrou (voir l'article «TA-SWISS erweitert seinen Blick» du bulletin 1-2006). Le but du colloque était la présentation et la discussion de l'étude commune de l'ASSH et de TA-SWISS en 2006 «TA-SWISS élargit ses perspectives: Evaluation des choix technologiques orientée vers les sciences humaines et sociales». Une bonne quarantaine de participants a répondu à l'invitation de l'ASSH et participé au colloque.

Durant la matinée, les deux auteurs de «TA-SWISS élargit ses perspectives: Evaluation des choix technologiques orientée vers les sciences humaines et sociales» ont présenté leur étude. Cette étude est disponible en français, en allemand et en anglais en raison de sa valeur pour la communauté scientifique européenne. Les deux experts Thomas Hengartner, professeur d'études de culture régionale à l'Université de Hambourg, et Jan Staman, directeur du management de l'Institut Rathenau, y ont ajouté leur commentaire. L'après-midi, les participant(e)s ont discuté de la mise en pratique des recommandations des auteurs Sabine Massen, sociologue et professeur en «Science Studies» à l'Université de Bâle, et Martina Merz cheffe d'unité de recherche à l'Observatoire Science, Politique et Société à l'Université de Lausanne et collaboratrice scientifique à l'Université de St-Gall. Ces discussions ont eu lieu dans trois groupes de travail différents.

Sabine Maasen et Martina Merz ont mis en évidence les aspects principaux suivants de leur étude. Elles soulignent que les technologies ne doivent pas être réduites à leur matérialité mais doivent être conçues comme des régimes de savoir socio-techniques. Dans ce cadre-

là, les conséquences sociales et culturelles tout comme les conditions de création, d'acceptation et d'utilisation d'une technologie peuvent être prises en compte. En outre, il faut étudier l'appropriation subjective d'une technologie par les individus. C'est pourquoi s'impose une perspective systémique qui conçoit les technologies sociales et leur évolution comme un processus ouvert. Il est alors nécessaire et même indispensable de fournir une plus grande place aux sciences humaines et sociales dans l'évaluation des choix technologiques (TA).

Jan Staman, directeur du management de l'Institut Rathenau, a expliqué concrètement quelles méthodes l'Institut Rathenau utilise pour intégrer la dimension scientifique humaine et sociale dans l'évaluation des choix technologiques. En voici quelques exemples qui sont pratiqués avant l'introduction d'une technologie, pendant sa mise sur pied et dans son suivi: le journalisme d'investigation (qui est de moins en moins pratiqué aujourd'hui), la rédaction de textes par des littéraires sur des nouveaux développements technologiques, le théâtre, les festivals, les films de fiction et les films documentaires, ainsi que la mise sur pied de groupes de travail d'experts issus de domaines des sciences

humaines et sociales qui définissent le contexte général de la technologie.

Une TA orientée vers les sciences humaines et sociales telle qu'elle est décrite dans l'étude de Sabine Maasen et Martina Merz et mise en pratique à l'Institut Rathenau était incontestée et considérée comme souhaitable parmi les participant(e)s.

Sabine Maasen et Martina Merz donnent dans leur publication une bonne quarantaine de points à respecter lors d'une TA orientée vers les sciences humaines et sociales. Ces recommandations sont à comprendre comme un plaidoyer pour davantage de scientificité au sein de rationalités différentes. La TA est conçue comme se situant à l'interface institutionnelle entre la science et la politique. En conséquence, sur le plan structurel, la mise sur pied d'une structure d'échange d'informations et d'expériences entre les activités TA et les activités de politique technologique est souhaitable. De même, TA-SWISS a besoin d'un lieu de réflexion où débattre des activités TA (instruments, contenus, résultats, etc.) conçu comme lieu de rencontre entre un public TA, des acteurs scientifiques et un public plus large.

Les académies sont bien disposées et capables de construire ces lieux de réflexion et d'échange avec TA-SWISS. Les participant(e)s du colloque étaient convaincus de la nécessité de mettre en œuvre les recommandations des deux auteurs dans leur publication.

Une autre ligne d'analyse était la TA de «technologies sociales». On a constaté que le terme technologie sociale, guère utilisé dans la littérature des sciences humaines et sociales, est mal défini et pose un

ensemble de questions. Il est possible de subordonner toute une série de stratégies de technicisations sous ce terme. La caractéristique commune de cette pratique est l'utilisation ciblée et régulière de moyens effectifs pour résoudre des problèmes sociaux de développement, de planification et d'organisation de manière analogue au processus utilisé dans la technologie physique. Les technologies sociales peuvent être par exemple le pilotage de la performance sociale et les mesures d'incitation au sein d'une entreprise, l'entraînement systématique de la parole dans une formation, la gestion scientifique, l'organisation de réseaux de communication pour des groupes cibles ou l'influence d'une population par les mass media. On voit déjà que le domaine est très vaste et que plusieurs branches spécialisées s'occupent déjà de ces sujets. C'est pourquoi les participant(e)s étaient plutôt sceptiques quant à l'utilité d'un élargissement de la TA dans un domaine aussi vaste et hétérogène. Néanmoins, ils ont recommandé la mise sur pied d'un projet pilote sur les indicateurs de prestation d'une TA sociale. L'ASSH a souligné son intérêt dans ce projet. Elle planifie de s'engager dans la mise en pratique des conseils de l'étude. En outre, elle désire sensibiliser et encourager ses sociétés membres en provenance de toutes les disciplines à se lancer dans le domaine de la TA.

Le compte rendu des exposés des expert(e)s est disponible sur internet: www.assh.ch

Ärzte sollen ein Gespür für Geschichten entwickeln

Bericht der Tagung «Medizin und Humanwissenschaften.
Humanwissenschaften in der Medizin: Ausbildung und Mitarbeit»

(bk) Bereits zum zweiten Mal organisierten die Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) und die Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) am 4./5. Mai in Lausanne eine Tagung zum Einbezug der Geistes- und Sozialwissenschaften in die medizinische Ausbildung. Die zukünftigen Ärztinnen und Ärzte sollen nebst ihrem Fachwissen über eine hohe kommunikative Kompetenz verfügen, die Geschichten ihrer Patienten erkennen und damit umgehen können.

Ob die Humanwissenschaften in der medizinischen Ausbildung einen Beitrag leisten können, war kaum noch Thema der Veranstaltung, an welcher über 100 Teilnehmende und 28 Referierende aus dem In- und Ausland teilnahmen. Vielmehr ging es um konkrete Einsatzgebiete und um die Frage der Umsetzung. Die Anwesenden, sowohl Vertreterinnen und Vertreter der Medizin als auch der Humanwissenschaften, waren sich einig, dass es in der Medizin einige wichtige Fragen gibt, die ohne humanwissenschaftliche Methoden nicht gelöst werden können.

Als mögliche Einsatzgebiete erwähnte Niklaus Gyr beispielsweise die Kommunikation. Anhand eines Projektes zur Choleraerkrankung in Bangladesch erläuterte er, wie zwar verbesserte Medizin und Einsatz von Technik die Sterberate der Durchfallerkrankten senkten, die Krankheit jedoch nur mittels Hygieneerziehung vermindert werden konnte. François Ansermet wies darauf hin, dass die neue Machbarkeit der Medizin, ausgelöst durch technische Errungenschaften, nach geistes- und sozialwissenschaftlichen Reflexionen verlange. So wirft die neue Fortpflanzungs-

medizin Fragen darüber auf, was mit den eingefrorenen Embryos geschieht, und pränatale Tests verringern letztlich die Solidarität der Gesellschaft gegenüber Behinderten. Der Mediziner fordert die Humanwissenschaften auf, die entscheidenden Fragen zu stellen.

Christian Bonah aus Frankreich und Christian Hick aus Deutschland berichteten über die Erfahrungen, welche die Nachbarländer beim Einbezug der Humanwissenschaften in die medizinische Ausbildung machten. In Frankreich wurde vor zehn Jahren erstmals ein humanwissenschaftliches Modul aufgenommen, mit dem Ziel, den Medizinstudierenden einen pluridisziplinären Zugang zu den Problemen der Gesellschaft zu liefern. Heute bestehen grosse Unterschiede zwischen den Universitäten. Als Hauptproblem beim Einbezug der Humanwissenschaften nennt Bonah die fehlenden finanziellen Mittel. Auch in Deutschland haben die Humanwissenschaften in der Medizin, insbesondere die Medizingeschichte, bereits eine lange Tradition. Allerdings erhielten die drei Gebiete Medizingeschichte, Medizinethik und Theorie der Medizin erst mit



Staatssekretär Charles Kleiber nahm an der Podiumsdiskussion teil.

der Approbationsordnung von 2002 ein etwas stärkeres Gewicht.

Die Frage nach der Umsetzung konzentrierte sich auf vier Bereiche: institutionelle Aspekte, erkenntnistheoretische Herausforderungen, klinische und therapeutische Beziehungen sowie gegenwärtige Herausforderungen im Gesundheitsbereich. Die Teilnehmenden hatten die Gelegenheit, einen dieser Bereiche in einem Workshop vertieft zu behandeln, bevor die Themen in Referaten aufgegriffen wurden. Zu den institutionellen Aspekten äusserte sich Charles Kleiber. Er sieht die Spitäler als Orte der kreativen Zerstörung des Wissens. Durch die vielen verschiedenen Spezialkompetenzen wird das ganzheitliche Wissen zerstört. Kollektive Entscheide werden schwierig, was letztlich den Machthabern dient. Er fordert daher die Transformation des Spitals in eine lernende Organisation.

Dazu sollen beispielsweise die Transparenz verbessert und die Objekte, Ressourcen und Resultate stärker verbunden werden, was nach einer Leistungsfinanzierung anstelle der klassischen Finanzierung verlangt. Der Staatssekretär forderte die Humanwissenschaften überdies auf, eine kritische Rolle einzunehmen und eine systematische Analyse der Leistungen, Disfunktionen, Irrtümer und Illusionen der Medizin zu liefern. Aus erkenntnistheoretischer Sicht beklagte Vincent Barras im Workshop den «Verlust des Traums». An der Grenze zwischen Humanmedizin und Geschichte, beispielsweise in der Medizingeschichte, ist es nicht mehr möglich, ein alles umfassendes Wissen aufzubauen. Es fehlen immer Aspekte der einen oder der anderen Seite. Lazare Benaroyo betonte – wie bereits Peter Stulz im Workshop – die Wichtigkeit eines guten, auf Vertrauen basierenden Arzt-Patienten-

Verhältnisses. Bezüglich der Krankheit braucht der ideale Arzt wissenschaftliche Kenntnisse, dem Patienten gegenüber aber persönliche Anteilnahme. Benaroyo sieht in der Fürsorge das Bindeglied zwischen Humanwissenschaften und Medizin. Dass sich die Interventionen verbessern, wenn sich der Behandelnde um die erlebten Erfahrungen und um die Sicht des Kranken kümmert, davon ist auch Raymond Massé überzeugt. Bedenken äussert der Anthropologe gegenüber der Biotechnologie und der Genetik, die das Gesundheitsbudget stark belasten. Hier fordert er eine kritische Analyse von Versprechen und Illusion. Die Herausforderungen für die Humanwissenschaften im Gesundheitswesen sieht Massé einerseits darin, die persönliche und kollektive Verantwortung hervorzuheben und zu dokumentieren, und andererseits, die Polarisierung zwischen Technophilie und Technophobie zu vermeiden.

Beim anschliessenden Podiumsgespräch mit hochkarätigen Teilnehmenden (Micheline Louis-Courvoisier, Jacques

de Haller, Vinzenz Im Hof, Charles Kleiber, André Perruchoud, Susanne Suter) wurden vermehrt auch kritische Stimmen laut. Besonders die beiden Lehrdekanen für Medizin, Perruchoud (Basel) und Im Hof (Bern), zeigten sich zurückhaltend. Perruchoud fragt, ob es denn wirklich Aufgabe der Ärzte sei, sich auch mit Wellness-Aspekten zu befassen, und Im Hof zog die ernüchternde Bilanz, dass im Moment ganz andere Probleme Priorität haben und dass für dieses Projekt kaum Zeit bleibe. Aussagen, die den Moderator, Peter Suter (Präsident SAMW), zu der Bemerkung veranlassten, da brauche die Deutschschweiz wohl etwas Nachhilfe von der Westschweiz.

Die Tagung stiess durchgehend auf grosses Interesse. Das zeigt sich an der regen Beteiligung der Anwesenden in den Workshops, aber auch in den Diskussionsrunden während der Referate. Obwohl immer wieder Zeit für Fragen und Bemerkungen zur Verfügung stand, konnten nicht alle Beiträge des Publikums berücksichtigt werden.

Prix Jubilé 05-06 – Edition anniversaire

(nb) Le Prix Jubilé de l'ASSH attribué à de jeunes chercheurs en sciences humaines et sociales, récompense annuellement un article de haute qualité rédigé par un chercheur de la relève scientifique suisse. Il fête cette année ses 10 ans d'existence. Depuis dix années, il permet, en effet, de mettre en valeur les travaux de jeunes chercheurs talentueux issus de toutes les disciplines en sciences humaines et sociales et qui incarnent l'excellence académique de demain.

Monsieur Reto Marti, lauréat de la 1^{re} édition, et Mme Laure Chappuis-Sandoz, lauréate du Prix Jubilé 03-04, ont accepté de répondre aux quelques questions suivantes:

Nadja Birbaumer: Par quels biais aviez-vous découvert l'existence du Prix Jubilé?

sem ehrwürdigen Rahmen schienen mir eigentlich ziemlich klein. Aber probieren konnte man ja ...

Reto Marti: Ein Mitglied der Wissenschaftlichen Kommission der Schweizerischen Gesellschaft für Ur- und Frühgeschichte (seit 1.1.2006 Archäologie Schweiz, Anm. der Red.) hat mich darauf aufmerksam gemacht. Das ist die Gesellschaft, die meine damals preisgekrönte Arbeit veröffentlichte.

Laure Chappuis: Un prestigieux concours, au niveau suisse, et donc un défi important. C'était l'occasion de soumettre une de mes recherches à l'appréciation d'un jury composé de membres issus d'autres disciplines que la mienne: c'est très stimulant de se risquer ainsi sur des terres extérieures à son domaine!

Laure Chappuis: J'en avais déjà entendu parler par des collègues l'année précédant ma participation. Puis j'ai trouvé toutes les informations sur une affiche à l'Université de Neuchâtel.

Le fait d'avoir gagné le Prix Jubilé a-t-il apporté un changement dans votre vie/carrière?

Que représentait-il pour vous au moment où vous avez décidé de participer à ce prix?

Reto Marti: Einen solchen Preis in jungen Jahren, gleich nach dem Eintritt ins Berufsleben zu gewinnen, ist sehr motivierend. Er zeigt einem, dass man sich auf dem richtigen Weg befindet. Das ist gerade in einem geisteswissenschaftlichen Beruf manchmal gar nicht so einfach herauszufinden.

Reto Marti: Die SAGW und die wichtige Rolle, die sie im Bereich Forschungsförderung und -vermittlung spielt, waren mir natürlich bekannt. Die Chancen auf einen Erfolg bei einer Preisausschreibung in die-

Laure Chappuis: Oui, bien sûr. Ce prix, par la reconnaissance qu'il apporte, a con-

stitué un encouragement majeur à poursuivre mes travaux et m'a donné le sentiment d'avoir ma place parmi mes pairs. Il m'a ôté une forme de «timidité académique» et m'a surtout donné envie d'écrire de nouveaux articles, dans des perspectives variées.

Votre situation professionnelle actuelle est-elle en lien avec le domaine de l'article primé alors par le Prix Jubilé?

Reto Marti: Ja, ich arbeite immer noch als Archäologe und habe seither zahlreiche weitere Beiträge zur damaligen Thematik veröffentlicht.

Laure Chappuis: Oui, globalement. Je travaille toujours dans la même discipline, le latin, mais pas uniquement dans le domaine particulier de la littérature chrétienne sur lequel l'article avait porté et que j'aborde régulièrement dans le cadre de mon activité professionnelle. La littérature latine, par sa richesse et sa longue histoire, offre un terrain fertile pour de multiples recherches!

Vue du président

Interrogé à propos de ses expériences avec le Prix Jubilé, Monsieur André Wyss, président de la Commission et doyen de la Faculté des lettres de l'Université de Lausanne, souligne l'importance de ce prix pour la relève dans les sciences humaines en Suisse, qui est, selon lui, nombreuse et de qualité. Il signale également que la modification du règlement a permis d'augmenter spectaculairement le nombre de candidatures, d'une douzaine dans les années maigres à 55 pour le dixième anniversaire. Monsieur Wyss confie finalement que le choix de la personne à primer a toujours été un événement significatif, précédé d'une délibération dans une atmosphère sérieuse, mais détendue, et suivi d'une remise du prix avec une certaine solennité.

Finalemment, selon vous, quelle est l'importance actuellement d'un tel prix pour les sciences humaines et sociales?

Reto Marti: Preise dieser Art sind sehr wichtig und gerade im geisteswissenschaftlichen Bereich leider viel zu selten. Abgesehen vom finanziellen Aspekt geben sie einem Bestätigung, Motivation und die Möglichkeit, seine Arbeit einem grösseren Kreis bekannt zu machen. Das Preisgeld ermöglichte es mir damals, den Grundstein für eine kleine Fachbibliothek zu legen.

Laure Chappuis: Il me semble que ce prix est une véritable chance pour tous les jeunes chercheurs et chercheuses. Il offre la possibilité de se faire connaître et de recevoir sur son travail une appréciation extérieure, et, quand celle-ci est positive, de trouver sa place non plus comme étudiant(e) mais comme chercheur ou chercheuse.

Interview: Nadja Birbaumer

«Die Goldene Brille» – Ausschreibung des SAGW-Medienpreises

«Die Goldene Brille», eine Auszeichnung der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) in der Höhe von Fr. 10 000.–, für den Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Teilnahmebedingungen

Verliehen wird die Goldene Brille an Journalisten/Journalistinnen oder Forschende, die mit einem journalistischen Beitrag auf hervorragende Weise einem nicht spezialisierten Publikum ein Thema aus der Arbeit der Geistes- und Sozialwissenschaften nahe bringen. **Der Beitrag muss die wissenschaftliche Forschung einem Laienpublikum zugänglich machen.** In ihrer Beurteilung legt die Jury daher besonderes Augenmerk auf den **gelingen Wissenstransfer.** Die Ausschreibung bezieht sich auf alle Fächer der Geistes- und Sozialwissenschaften, von den Altertumswissenschaften über die Literaturwissenschaft, die Ökonomie, die Rechts- und Politikwissenschaften bis hin zur Zukunftsforschung. Berücksichtigt werden Medien (Zeitung oder Zeitschrift), die täglich oder wöchentlich in der Schweiz erscheinen, oder Radio- und Fernsehsendungen, die im Tages- oder Wochenrhythmus ausgestrahlt werden. Der eingereichte Beitrag muss zwischen **1. September 2005 und 31. August 2006** publiziert bzw. ausgestrahlt worden sein. Er wird von einer Jury aus Medien und Wissenschaft beurteilt. Das Reglement des Preises kann auf der Homepage der Akademie, www.sagw.ch (Preise), eingesehen oder telefonisch angefordert werden.

Preisverleihung

Der Preis wird anlässlich der Herbsttagung der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften am 10. November 2006 verliehen.

Einsendeschluss

Einsendeschluss für die Kandidaturen ist der **31. August 2006** (Datum des Poststempels). Es werden drei Exemplare benötigt. Bei audiovisuellen Beiträgen ist den Aufnahmen in einem gängigen Format eine kurze Beschreibung des Inhalts beizulegen.

Die Arbeiten sind an die Adresse der Akademie zu richten:
Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften
Hirschengraben 11
Postfach 8160
3001 Bern
Tel. +41 (0)31 313 14 40
Fax +41 (0)31 313 14 50

Kontaktperson: Martine Stoffel
E-Mail: stoffel@sagw.ch
Internetadresse: www.sagw.ch

Création du curatorium Codices electronici Confoederationis Helveticae (CeCH)

(nb) Après avoir été approuvée par le Comité de l'ASSH en fin d'année 2005, l'initiative visant à la création du curatorium CeCH se concrétise sous la forme d'une première journée de réunion des membres de ce curatorium le vendredi 24 mars 2006 à l'Université de Fribourg. La première séance de ce curatorium a été précédée de deux courtes conférences introductives données par Christoph Flüeler et Manfred Thaller, tous deux membres du CeCH.

Les buts visés par le curatorium CeCH sont de promouvoir l'utilisation

des moyens techniques tels que la digitalisation afin d'encourager la recherche dans le domaine des manuscrits médiévaux, d'assurer la préservation à long terme des données digitales et de mettre à disposition les compétences propres au domaine de la digitalisation.

Afin d'accomplir au mieux le mandat du CeCH un panel de personnalités a été sélectionné représentant divers domaines de compétences comme par exemple la paléographie, la codicologie, l'informatique et le traitement de l'image.

Neues aus dem Vorstand

Anne-Claude Berthoud, Präsidentin der SAGW, tritt am 1. Juli 2006 die Nachfolge von Prof. Werner Stauffacher als Vizepräsidentin des Stiftungsrats des SNF an und stellt so die Vertretung der Akademien im Stiftungsratsausschuss weiterhin sicher.

Albert de Pury, Präsident der Sektion II, erhielt in Anerkennung seiner grossen Verdienste um die Erforschung der Literaturgeschichte des Alten Testaments, seiner religionsgeschichtlichen Hintergründe und seiner theologischen Bedeutung den Ehrendoktor der Universität Zürich. Wir gratulieren ganz herzlich.

Projet prioritaire développement durable: la commission pour le développement durable de l'ASSH a commencé son travail

(ms) En 2004, l'ASSH a fondé la commission pour le développement durable et défini le développement durable comme un des quatre projets prioritaires de l'académie. Pour mieux définir son rôle et ses buts dans les années à suivre, la commission a décidé de mettre sur pied un colloque intitulé «Développement durable: notre rôle et nos contributions au sein de la recherche en sciences humaines et sociales» le 30 mars 2006 à l'IUED (Institut universitaire d'études du développement) à Genève. Environ 80 personnes ont participé au colloque et débattu de la marche à suivre de la commission.

La réalisation de ce colloque a pris une forme nouvelle et innovatrice pour l'ASSH: le colloque «forum ouvert», mené par deux professionnels, était une première. Le matin, durant quatre présentations, les grandes lignes du débat ont été tracées. L'après-midi, les participant(e)s ont eux-mêmes défini les questions et thèmes des groupes de travail. Tout le monde s'est par la suite réparti dans les différents groupes selon les intérêts spécifiques, et les deux heures de travail de groupe ont été consacrées à des débats.

Après le mot de bienvenue d'Yvan Droz, directeur adjoint de l'IUED et membre de la commission pour le développement durable, Markus Zürcher, secrétaire général de l'ASSH, a souligné le but du colloque. Il a insisté sur la nécessité de reformuler les questions des sciences naturelles ayant trait au développement durable sous la perspective des sciences humaines et sociales. Pour ce faire, le champ du développement durable doit être repensé, de nouvelles méthodes et de nouveaux outils doivent être utilisés.

Ruth Kaufmann-Hayoz, présidente de la commission pour le développement

durable et directrice de l'IKAÖ (Interfakultäre Koordinationsstelle für Allgemeine Ökologie) à l'Université de Berne, a critiqué que la recherche dans ce domaine reste confinée dans des domaines très spécifiques. En parallèle, elle a mis en évidence l'importance pour la commission de prendre en compte les résultats des groupes de travail de l'après-midi pour son travail futur.

Wolfgang Sachs, du Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, a souligné différentes dimensions nécessaires au développement durable pour les sciences humaines et sociales: la division, la nature, la justice, la qualité de vie et la démocratie.

Quant à Rolf Steppacher, chargé de cours à l'IUED, il a esquissé dans les grandes lignes l'histoire du développement durable. Il s'est par la suite penché sur son contexte et sa signification ainsi que sur la difficulté de briser son discours. Enfin, il a mis en évidence le type de contributions possibles des sciences sociales par rapport au développement durable. Il a notamment argumenté que tant que les sociétés ne différencient pas entre le fini

et l'infini, elles s'exposent à un type de croissance illimitée et par conséquence non durable.

Selon la méthode «forum ouvert» du colloque, les thèmes fixés par les participant(e)s mêmes ont été discutés et approfondis dans des groupes de travail. En tout, 12 groupes de travail ont soumis plus de 50 propositions qui seront traitées par la commission. Ces propositions ont été par la suite groupées en une quinzaine de complexes thématiques. En voici quelques exemples:

- **Mise en réseau:** tous les deux ans, organisation d'un colloque par la commission. De jeunes chercheurs/ses ont l'occasion d'y présenter des projets de recherche dans le domaine du développement durable. Le but est de créer une plate-forme qui rend cette recherche plus connue.
- **Clarification théorique** (voir également l'article de ce bulletin «Der Wunsch nach einem guten Leben»): réflexion d'un point de vue théorique à la question de savoir si l'idée de durabilité est compatible avec l'image dominante de la nature et de l'homme, et aux conséquences qu'auraient une prise en compte systématique de la durabilité sur les domaines de la philosophie, l'économie, la théorie de société et ses valeurs.

- **Evaluation adéquate des projets de recherche:** l'appréciation du développement durable se passe jusqu'à aujourd'hui de façon primaire par des critères disciplinaires, mais le développement durable est en soi interdisciplinaire. La commission participe à la mise sur pied de critères d'attribution de financement pour la recherche interdisciplinaire dans le domaine du développement durable.
- **Implémentation:** réflexion critique sur les outils pour la mise en œuvre du développement durable.
- **Engagement dans le débat politique actuel:** suggestion à la commission développement durable de se positionner dans le débat politique actuel concernant les énergies renouvelables, la mobilité et l'utilisation de l'espace de façon durable.

La commission développement durable va débattre de ces propositions lors de sa prochaine séance le 16 mai 2006. Le but est de choisir 3 à 5 thèmes principaux qui définiront son travail futur, ainsi que d'établir une marche à suivre pour les activités à venir de la commission. Les instruments qui serviront à la mise en place de ces thèmes vont également être fixés.

Der «Wunsch nach einem guten Leben»

(at) Seit der Konferenz von Rio 1992 ist «Nachhaltige Entwicklung» weltweit zum omnipräsenten Leitbild geworden. Folgende Zusammenstellung beleuchtet, wo dieses Leitbild in der Schweiz verankert ist, und wirft auch einen Blick auf die Forschung sowie die Idee der Nachhaltigkeit.

Nachhaltige Entwicklung in der Bundesverfassung

Die neue, im Jahr 2000 in Kraft getretene Bundesverfassung beinhaltet als zentrale Neuerung das gleich mehrfach, wenn auch in unterschiedlichen Formulierungen erwähnte Prinzip der Nachhaltigkeit. Dies zum Beispiel in Artikel 73 ff. (Raumordnung/Umweltschutz) unter der Überschrift «Nachhaltigkeit»: «Bund und Kantone streben ein auf Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen der Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und ihrer Beanspruchung durch den Menschen andererseits an.» Die Verfassung übernimmt aber keine der in der wissenschaftlichen Literatur und in politischen Erklärungen üblichen Begriffsbestimmungen nachhaltiger Entwicklung. Das soll erlauben, sach- und zeitgerechte Handlungsmaximen gegenüber einer sich laufend ändernden Wirklichkeit zu entwickeln.¹

In der Verwaltungsreform des Jahres 2000 wurde das Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) vom Bundesrat als Fachbehörde für die nachhaltige Entwicklung

bestimmt. Es entwarf die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2002, um die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in möglichst viele Politikbereiche integrieren zu können. Neben konzeptionellen Leitlinien enthält diese Strategie in zehn Handlungsfeldern insgesamt 22 konkrete, wirkungsorientierte Massnahmen. Diese sind beispielsweise «Förderung von sauberen Fahrzeugen», «Abdecken neuer Armutsrisiken», aber auch «Monitoring Nachhaltige Entwicklung» und «Nachhaltigkeitsbeurteilung». Aus Letzteren ist das Indikatorensystem MONET hervorgegangen, 2003 von BfS, ARE und BUWAL (heute BAFU) publiziert. Es soll die Grundlage bilden für die Beantwortung von Fragen bezüglich dem Stand der Nachhaltigkeit in der Schweiz. Ausgehend von einer Interpretation der Brundtland-Definition² der Nachhaltigkeit wurden für die drei Nachhaltigkeitsdimensionen «gesellschaftliche Solidarität», «wirtschaftliche Leistungsfähigkeit» und «ökologische Verantwortung» Postulate formuliert und entsprechende Indikatoren ausgewählt. Gegenwärtig ist das ARE damit beschäftigt, die Nachfolgestrategie der Strategie

¹ vgl. Martin Lendi, «Nachhaltigkeit - ein Auftrag der neuen Bundesverfassung: als Problemstellung für Ingenieure, das Ingenieurwesen und des Engineering», ETHZ, 2002.
e-collection.ethbib.ethz.ch/show?type=bericht&nr=57

² «Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.»

Nachhaltigkeit 2002 zu entwerfen. Sowohl die Erarbeitung wie die Umsetzung der Strategie Nachhaltige Entwicklung ist in den 1993 geschaffenen Interdepartementalen Ausschuss Rio (IDARio) eingebettet.

Nachhaltigkeit in der Forschung und Nachhaltigkeitsforschung

Der Bereich Bildung, Forschung und Technologie wurde mit der BFT-Botschaft 2004–2007 in die Pflicht einer nachhaltigen Entwicklung genommen: «Die Ausrichtung auf nachhaltige Entwicklung und verantwortungsbewussten Umgang mit den knappen Ressourcen soll vermehrt auch in der Wissenschaftspolitik und in der Wissenschaft handlungsleitend sein.»³ Teil davon ist die Nachhaltigkeitsforschung selber. Deren Hauptträger sind in der Schweiz ausseruniversitäre öffentliche und private Institutionen, oft finanziert über Mittel aus der Ressortforschung des Bundes (verteilt über die verschiedenen Bundesämter). An den Schweizer Universitäten sind es Einzelpersonen und Institutionen wie die Interfakultäre Koordinationsstelle für allgemeine Ökologie (IKAÖ) oder das Programm Mensch-Gesellschaft-Umwelt (MGU), die sich mit der *Sustainability*-Thematik befassen. Die Nachhaltigkeitsforschung steht aufgrund ihrer Problemorientierung und ihres Bezugs zum politischen Konzept der «Nachhaltigen Entwicklung» vor grossen Herausforderungen: Es gibt bislang keine umfassende Methode oder Theorie der Nachhaltigkeitsforschung.

Die Idee der Nachhaltigkeit

Was die Idee der Nachhaltigkeit im Einzelnen bedeutet, bleibt ungeachtet der Verbreitung des Begriffes meist vage. Antonietta Di Giulio⁴ hat diese Bedeutung anhand des Beispiels der Vereinten Nationen untersucht. Sie kommt zum Ergebnis, dass «Nachhaltige Entwicklung» dort Ausdruck einer optimistischen Haltung sein soll. Sie soll verwirklicht werden – also keine Utopie – sein, aber dennoch von einer Vision der Zukunft ausgehen. Die gesamte Gesellschaft soll daran beteiligt werden, eine Vision der Zukunft zu entwerfen, die die Interessen und Sichtweisen aller respektiert und vereint. Die Idee der Nachhaltigkeit soll eine übergeordnete Leitlinie für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft darstellen und erlauben, Umwelt und (soziale wie wirtschaftliche) Entwicklung integriert zu betrachten. Sie soll sich auf die gesamte Menschheit beziehen und dabei eine Perspektive zur Verfügung stellen, aus der nicht nur die gegenwärtig lebenden Menschen, sondern ebenso künftige Generationen in den Blick genommen werden.

Die Vereinten Nationen haben mit ihrem umfassenden Ansatz eine Bedeutung von «Nachhaltigkeit» geprägt, die dann erreicht ist, wenn alle Menschen ihre (Grund-)Bedürfnisse und ihren Wunsch nach einem guten Leben befriedigen können und zugleich gesichert ist, dass dies auch für künftige Generationen der Fall sein wird.

⁴ vgl. Antonietta Di Giulio, «Die Idee der Nachhaltigkeit im Verständnis der Vereinten Nationen – Anspruch, Bedeutung und Schwierigkeiten», Münster, Hamburg, Berlin, London, 2004.

Dossier | Forschungsförderung in Europa Encouragement de la recherche en Europe

«Forschungsförderung in Europa»

(bk) Die Forschungsförderungsmöglichkeiten in Europa sind vielfältig, so vielfältig, dass der Überblick zeitweise verloren gehen kann. Mit dem vorliegenden Dossier soll Abhilfe geschaffen werden. Verschiedene europäische Institutionen der Forschungsförderung werden vorgestellt. Allen voran das 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union, welches sich zurzeit in unserem Parlament in der Beratung befindet. Die SAGW-Präsidentin, Prof. Anne-Claude Berthoud, sowie der Direktor des SAGW-Unternehmens SIDOS, Dr. Dominique Joye, berichten über ihre Erfahrungen im bisherigen Forschungsrahmenprogramm. Weiter werden ergänzende, unterstützende oder alternative Institutionen wie Euresearch, SwissCore, COST und die ESF porträtiert.

Das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm

Demnächst wird das Parlament darüber diskutieren, ob sich die Schweiz weiterhin als assoziiertes Mitglied am EU-Forschungsrahmenprogramm beteiligen wird. Aufgrund der durchwegs positiven Erfahrungen im bisherigen Rahmenprogramm gäbe es eigentlich nicht allzu viel zu debattieren, wäre da nicht eine massive Erhöhung des Budgets vorgesehen. Die EU hat beschlossen, zukünftig nicht nur wie bis anhin vor allem in die angewandte Forschung zu investieren, sondern auch die Grundlagenforschung vermehrt zu fördern. Die Mittel für die Forschung sollen um 50% erhöht werden, ein zusätzlicher finanzieller Aufwand, der auch von den assoziierten Mitgliedern mitgetragen werden muss. Für die Schweiz bedeutet das Ausgaben in der Höhe von insgesamt 340 Millionen CHF statt wie bisher 230 Mil-

lionen CHF pro Jahr. Für das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm wieder zur projektweisen Beteiligung zurückzuwechseln, ist eine Option, allerdings keine, die den Forschungsplatz Schweiz stärkt. Schweizer Forschende könnten dann zwar noch an den Projekten teilnehmen, wären aber nicht mehr als Projektkoordinatoren zugelassen. Eine Möglichkeit, die bereits 47 Forschende nutzten und damit einen grossen Teil des nach Brüssel überwiesenen Beitrages wieder in die Schweiz zurückgeholt haben. Hinzu kommt, dass die Schweiz bei einer projektweisen Beteiligung keine Mitsprache bei forschungspolitischen Entscheidungen auf EU-Ebene hat. Das Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) wird dem Bundesrat folglich eine EU-Botschaft präsentieren, die eine Assoziierung verlangt.

Genehmigt nun das Parlament den erhöhten Forschungsbeitrag, bleibt die Frage offen, wie die zusätzlichen Mittel

³ BFT-Botschaft 2002, S. 2393.

beschafft werden. Es ist zu befürchten, dass die Erhöhung zulasten der inländischen Forschung geht, dass also das vorgesehene Wachstum der Forschungsförderungsausgaben von den zusätzlichen EU-Ausgaben geschluckt wird. Diskutiert wurde beispielsweise eine Kürzung beim Schweizerischen Nationalfonds (SNF), da die EU zukünftig auch Grundlagenforschung unterstützen werde. SNF-Präsident Dieter Imboden betont hingegen die Wichtigkeit einer starken Grundlagenforschung in der Schweiz und erklärt: «Den Ausbau der EU-Forschungsförderung versteht die EU ausdrücklich als Zusatz zu den nationalen Anstrengungen zur Forschungsförderung.» (Newsletter FUTURE, N. 17/März 2006) Bereits im SNF-Horizonte vom September 2005 wies er auf die Gefahr einer Kürzung beim SNF

zugunsten des 7. EU-Rahmenprogramms hin: «Wenn wir in Europa weiterhin in der *Champions League* der Forschungsmannschaften mitspielen wollen, dann dürfen wir die Förderung der einheimischen Forschung nicht vernachlässigen. Oder plakatig ausgedrückt: Die freudige Tatsache, dass wir einen Roger Federer haben, darf nicht zur Folge haben, die lokalen Clubs dichtzumachen.»

Das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm (7FP) wird in die folgenden vier spezifischen Programme unterteilt: *Cooperation, Ideas, People* und *Capacities*. Im Folgenden werden die einzelnen Programme von Daniela di Mare, Verantwortliche für die Geistes- und Sozialwissenschaften beim Informationsnetzwerk zum europäischen Forschungsrahmenprogramm Euresearch, näher vorgestellt.

Coopération

Dr. Daniela di Mare, Euresearch

Le programme «Coopération» a pour but de soutenir tout l'éventail de la collaboration scientifique européenne en finançant des projets de recherche, des mises en réseaux d'institutions et jusqu'à la coordination de programmes nationaux de recherche. Il est composé de neuf priorités thématiques: la santé; les technologies de l'information, la nourriture, l'agriculture et la biotechnologie; les nano-sciences; l'énergie; l'environnement et le changement climatique; les transports et l'aéronautique; les Sciences Humaines et Sociales (SHS); la sécurité.

Faisant l'objet d'une priorité thématique à part entière depuis le 6^e programme-cadre (2002-2006), les activités de recherche des SHS ont donc un budget qui leur est strictement réservé. Dans le programme «Coopération», les problématiques de recherche ne peuvent pas être librement choisies par les chercheurs, mais sont définies par la Commission européenne dans un document intitulé le programme de travail. Ce document existera probablement dans une version provisoire en automne 2006, avant d'être publié officiellement lors des premiers appels à propositions, prévu pour le début de l'année 2007. Les grandes orientations des thèmes pressentis pour le 7^e programme-cadre peuvent déjà être consultés dans un document intitulé «Programme spécifique Coopération», les pages 68-72 de ce document que l'on peut télécharger sur <http://cordis.europa.eu/fp7/> sont consacrées aux SHS en particulier, les autres pages présentant les huit autres priorités thématiques, qui ne sont pas sans intérêt pour les SHS. Car en effet, parallèlement à la priorité thématique qui leur est dévolue, les chercheurs en SHS peuvent également

participer aux projets qui se développent dans d'autres priorités thématiques, et qui souvent nécessitent l'intégration d'équipes des SHS, en particulier dans les domaines de la sécurité, de la santé, des technologies de l'information et de l'environnement.

A ce jour, les différents types de projets (taille et nombre minimal de participants), les modes de financements des partenaires, ainsi que les règles de participations ne sont pas encore connus. Pour mémoire, rappelons que dans le 6^e programme-cadre, les universités, habituellement sans comptabilité analytique, obtiennent le financement à 100% des coûts additionnels, c'est-à-dire hors personnel engagé de manière fixe. Les centres de recherche ou autres institutions ayant une comptabilité analytique, obtiennent le financement à hauteur de 50%, y compris le personnel fixe.

Participant avec le statut d'un pays tiers de 1994 à 2003 aux 4^e et 5^e programmes-cadres, la Suisse participe depuis 2004 comme pays associé au 6^e programme-cadre. Concrètement, cela signifie d'une part que le financement des participations suisses aux projets euro-

péens vient aujourd'hui directement de la Commission européenne, après que la Suisse a versé son tribut annuel à la Commission européenne, et d'autre part que les chercheurs suisses peuvent endosser la coordination d'un projet européen. Par ailleurs, les délégués suisses participent de plain pied à divers comités, par exemple celui préparant le contenu du programme de travail, gérés par la Commission européenne. Quant au statut de la Suisse, le cadre légal des accords bilatéraux implique qu'à chaque nouveau programme-cadre, l'association de la Suisse doit être renégociée. Le Parlement suisse devra se prononcer dans le second semestre 2006 sur l'association de la Suisse au 7^e programme-cadre (2007-2013). Il est à noter que 100% au moins des sommes investies par la Suisse auprès de la Commission européenne pour la période 2004-2006 sont revenues sous forme de projets.

Daniela di Mare travaille dans le Head Office de Euresearch à Berne et elle est responsable pour les domaines Sciences Humaines et Sociales, Science et Société, Bourses Marie Curie et Infrastructures de recherche.



Exemples de projets en cours:

<http://www.cordis.lu/citizens/projects.htm>

Projet intégré

«Dynamiques langagières et gestion de la diversité» DYLAN

Projet répondant au 2^e appel du 6^e Programme-cadre européen, priorité 7 «Citoyenneté et gouvernance dans une société fondée sur la connaissance», thématique 3.1.1 «Diversité linguistique dans une société européenne fondée sur la connaissance»

Avec 20 universités partenaires et un montant alloué de 4.905.552 euros
 Coordination: Prof. Anne-Claude Berthoud (linguiste), Université de Lausanne
 Equipe de coordination: Prof. François Grin (économiste), Université de Genève, et Prof. Georges Lüdi (linguiste), Université de Bâle
 Bureau de management Sciprom, Campus EPFL: Dr. Kirsten Leufgen, Dr. Véronique Gobry

Bref résumé

Dans l'optique de la création d'une société fondée sur la connaissance, le projet vise à démontrer que la diversité linguistique qui prévaut en Europe est potentiellement un atout plutôt qu'un obstacle. Son but est de décrire en quoi différents modes de penser, d'argumenter et d'agir, inhérents aux différentes langues, contribuent à la construction et au transfert des connaissances, ainsi qu'à leur mise en pratique dans la diversité des contextes économiques, politiques et éducatifs.

Die Präsidentin der SAGW, Prof. Dr. Anne-Claude Berthoud, hat sich im 6. Forschungsrahmenprogramm zum ersten Mal um ein Projekt im Bereich «Cooperation» beworben und – das Projekt erhalten. Damit stehen der Projektkoordinatorin nun knapp 5 Mio. Euro für Forschungsarbeiten zur Verfügung. Wir wollten wissen, wie es ihr in der Vorbereitungsphase ergangen ist, welche Erfahrungen sie gemacht hat.

Beatrice Kübli: Vous êtes dans les dernières négociations avec l'Union européenne pour obtenir votre projet. Comment et quand avez-vous eu l'idée d'un tel projet?

Anne-Claude Berthoud: L'idée d'un tel projet est le fruit d'un long cheminement de plus de trois ans, qui s'est développée, précisée et progressivement imposée comme une évidence, dans le cadre d'un programme visant la construction d'une

société européenne fondée sur la connaissance et le développement économique. Une rencontre avec trois grands axes thématiques issus des réflexions du groupe «Recherche» du Conseil Européen pour les Langues (CEL/ELC), chargé de penser à de nouveaux objets de recherche, susceptibles de répondre à de nouvelles questions, avec de nouvelles méthodes et de nouveaux réseaux de chercheurs. Des objets émergeant à la croisée des champs

disciplinaires, permettant notamment d'ouvrir les sciences du langage, et en particulier les études sur le plurilinguisme, à d'autres formes de recherches, des recherches *policy driven* ou orientées, impliquant un autre type de partenariat avec la société, le monde politique et le monde économique. Une collaboration de recherche qui a été initiée en février 2003, à Bruxelles, lors d'une journée d'échanges entre des responsables de la Commission Européenne et des linguistes de renom international, visant à sélectionner quelques grandes questions liées au plurilinguisme et à la construction européenne, et susceptibles de devenir des objets pour de futures recherches à l'échelle européenne.

De ces débats sont issus notamment les trois grands axes thématiques suivants:

- les enjeux du plurilinguisme pour la construction et la transmission des connaissances;
- les enjeux du plurilinguisme pour le marché du travail;
- le coût du non-plurilinguisme pour l'Europe.

Trois axes qui se sont retrouvés dans le Plan d'action 2004-2006 de la Commission Européenne «Promouvoir l'apprentissage des langues et la diversité linguistique» et par la suite dans les textes du 2^e appel du 6^e Programme-cadre européen (en décembre 2004).

Il s'agissait jusque-là d'une longue phase préliminaire contribuant à la formulation des questions de recherche, une phase essentielle pour anticiper sur les recherches possibles, en fonction d'un champ de recherche existant et d'un nouveau champ de recherche à construire.

Et restait alors la décision de s'engager ou non personnellement dans l'élaboration

d'un projet, en réponse à l'appel du 8 décembre 2004. Une décision qui s'est finalement prise très vite à partir d'une discussion avec deux collègues suisses très motivés à se lancer, eux aussi, dans l'«aventure».

Qu'avez-vous fait pour trouver des partenaires étrangers?

En fait, la question est inverse... l'idée est d'abord issue d'une initiative européenne (Conseil Européen pour les Langues) avant de prendre ancrage en Suisse. Et il s'agissait avant tout d'articuler les réseaux existants à de nouveaux réseaux de chercheurs, en fonction des axes thématiques à développer. La mise en réseau a été d'autant plus aisée qu'elle était en quelque sorte la confirmation de collaborations effectives et l'actualisation de collaborations potentielles autour de questions en phase d'émergence. Il est essentiel qu'un projet impliquant 20 universités puisse compter sur un capital de confiance et de connaissance préalable (au moins partielle) entre les équipes de recherche.

Quel a été le travail principal de préparation?

La préparation d'un tel projet implique d'abord et avant tout un travail d'équipe, au plan scientifique comme au plan stratégique. Chaque étape du projet (l'esquisse, comme le projet proprement dit) résulte d'une très étroite collaboration entre les membres de l'équipe de coordination scientifique, qui s'est associée le concours d'une équipe de management profession-

nelle, sans laquelle l'entreprise aurait été impensable, au vu de sa complexité et de ses exigences.

Pour la mise en forme des questions de recherche et du cadre méthodologique, nous avons procédé essentiellement de façon inductive. A partir des propositions individuelles de nos partenaires, nous avons tenté de construire une architecture globale forte, montrant de façon la plus explicite possible les lieux d'intégration de chaque équipe. Une façon pour nous de viser l'unité dans la diversité, pour répondre aux exigences d'un projet intégré.

Quelle a été votre expérience la plus désagréable durant la préparation?

L'expérience la plus difficile (plutôt que désagréable) est certainement celle de déchiffrer et de s'approprier le «jargon» des formulaires de recherche et de plier nos catégories de sciences humaines et sociales à des catégories encore largement inspirées des sciences «dures». Sans compter la nécessité de rédiger en anglais et l'immanquable perte de qualité et de profondeur que cela suppose, ainsi que les déviations inévitables dues aux processus de traduction. Des questions qui sont d'ailleurs thématiques en tant que telles dans le projet en termes de «coût» d'une lingua franca pour le monde de la connaissance et de l'économie (et largement inspirées du colloque de l'Académie «Langues et production du savoir»).

De quelle expérience avez-vous bénéficié le plus?

Anne-Claude Berthoud, Présidente de SAGW, a été interviewée dans le cadre du 6^e Programme-cadre de la Commission Européenne. Im Interview spricht sie über ihre Erfahrungen.



L'expérience la plus enrichissante a été pour nous celle de s'aventurer sur un terrain «encore à défricher», tout en étant assurés à chaque étape contre le risque de faux-pas, grâce au guidage très efficace de nos responsables locaux et nationaux de la recherche européenne et de notre équipe de management, ayant déjà une longue expérience en la matière, ainsi que des conseils très précieux de notre Président du Conseil Européen pour les Langues, déjà très familier des institutions de recherche européennes.

Au départ, il n'était pas évident que des managers formés à la recherche en sciences «dures» soient aptes à s'adapter à la spécificité des objets et des méthodes développées en sciences humaines et sociales, avec tous les risques de simplification, d'homogénéisation ou de déviation que cela comporte. Or, il apparaît au contraire que la nécessité constante de négocier et de justifier nos catégories d'analyse soit devenue un gage de précision et d'explicitation dans la formulation du projet. En quelque sorte, une mise à l'épreuve des principes que nous voulons

défendre en matière de recherche interdisciplinaire, convaincue que le décloisonnement porte des effets de loupe sur chacune des disciplines au fil de la recherche, et permettant par là de lever de fausses évidences.

Que proposeriez-vous à quelqu'un qui veut faire dans un tel projet? Qu'est-il avantageux de faire et que faudrait-il éviter?

Je lui conseillerais de se lancer en assurant tout à la fois «ses avants et ses arrières», en termes scientifiques et en termes stratégiques. La réussite d'un projet est d'abord tributaire de l'engagement des

chercheurs dans la phase d'élaboration d'un programme et en particulier dans la formulation des questions de recherche. D'où l'importance pour les chercheurs suisses de s'investir dans les actions conduites actuellement pour la préparation et le lancement du 7^e Programme-cadre européen.

La réussite d'un projet réside ensuite dans son inscription dans des réseaux scientifiques existants et reconnus, et susceptibles d'élargissements, ainsi dans un fort encadrement professionnel pour les aspects formels et logistiques.

Interview: Beatrice Kübli

Ideas

(bk) Das spezifische Programm «Ideas» hat zum Ziel, die Grundlagenforschung zu fördern. Mit dem «European Research Council» (ERC) entsteht ein eigenständiger Forschungsrat, welcher von den Forschenden angeregte «Forschung an den Wissensgrenzen» unterstützt. Projekte können von einzelnen Forschenden aus allen Wissenschaftsgebieten eingegeben werden. Einziges Selektionskriterium ist wissenschaftliche Exzellenz.

Vor einem Jahr wurde der «Scientific Council» (siehe Bulletin 3/2005) gegründet, welcher für die strategische Leitung des zukünftigen Europäischen Forschungsrates zuständig ist. Der ERC wird die operative Arbeit voraussichtlich Anfang 2007 aufnehmen, sobald das Europäische Parlament und der Ministerrat das 7. EU-Forschungsrahmenprogramm genehmigt haben. Die Erwartungen sind hoch. Auf der kürzlich aufgeschalteten Website (www.erc.europa.eu) werden die Ziele wie folgt beschrieben: «We intend to establish the ERC as a truly outstanding research funding agency. We aim to attract the very best researchers at all stages of their careers, starting with those who are embarking on their independent careers. Our aspiration is that the ERC will make a vital contribution to European science by offering talented individuals the resources and visibility to develop their creativity and reach their full potential.»

Der ERC soll nicht die Aufgaben bestehender Forschungsförderungsorganisationen übernehmen, sondern ergänzend wirken. So möchte der «Scientific Council» in einem ersten Schritt herausragende Forschende unterstützen, welche am Anfang ihrer Forschungskarriere stehen. Bis anhin gibt es in Europa nur wenig Möglichkei-

ten für Nachwuchsforschende, in frühen Jahren ihre eigenen Forschungsgruppen aufzubauen oder unabhängig von einem Supervisor zu forschen. Diese Lücke will der ERC nun mit seinem ersten Programm «Starting Independent Research Grant» schliessen. Das Programm richtet sich an Nachwuchsforschende aus den EU-Staaten und assoziierten Mitgliedländern. Das Alter spielt keine Rolle, einzige Bedingung ist, dass der Studienabschluss nicht mehr als 10 Jahre her ist. Die wissenschaftlichen Kriterien werden sich klar von denen klassischer Postdoc-Unterstützungen unterscheiden, um Überschneidungen mit den Marie-Curie-Stipendien zu vermeiden.

Später wird ein zweites Programm «Advanced Investigator Research Grant» hinzukommen, welches Forschenden in allen Karrierestadien offen steht. Mit diesen beiden Programmen will der ERC gleich zu Beginn den Schwerpunkt auf von den Forschenden selbst angeregte interdisziplinäre Themen legen. Durch das *Bottom-up*-Prinzip unterscheidet sich der ERC von der ebenfalls auf Grundlagenforschung ausgerichteten «European Science Foundation», welche Themen vorgibt und vorwiegend ganze Netzwerke unterstützt.

People

Dr. Daniela di Mare, Euresearch

Das spezifische Programm «People» hat zum Ziel, die Attraktivität Europas für Forschende aus der ganzen Welt und besonders für den europäischen Nachwuchs zu erhöhen. Mit Hilfe der Marie-Curie-Stipendien sollen wissenschaftliche Karrieren gefördert und die besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach Europa geholt werden. Das Programm «People» folgt ausserdem einer globalen Strategie, die im Laufe des 6. Rahmenprogramms (6. RPFE) entwickelt wurde und darauf abzielt, dem Beruf des Forschers und der Forscherin mehr Anerkennung zu verschaffen und die praktischen Hindernisse auf dem Weg zu einer wissenschaftlichen Laufbahn zu beseitigen.

Bekanntlich unterstützen die Marie-Curie-Aktionen die internationale Mobilität von Forschenden. Ohne Altersgrenzen und für alle Forschungsbereiche offen, gibt es je nach Erfahrungen der Forschenden und den Zielen der Gastinstitutionen passende Stipendien. Zu den Gasteinrichtungen zählen akademische Einrichtungen, ebenso wie private Forschungszentren, die Industrie und KMU. Das Programm «People» setzt auf Kontinuität gegenüber dem 6. RPFE und bleibt in der Gesamtstruktur weitgehend unverändert. Einige Aktionen sind neu in vier Aktionstypen gruppiert worden. Die Palette der bereits bekannten Aktionen bleibt im Wesentlichen jedoch gleich.

1. Erstausbildung für angehende Forscherinnen und Forscher

Diese Aktion unterstützt die Ausbildung von Wissenschaftlern in den ersten vier Jahren ihrer Karriere. Die Unterstützung erfolgt über ein Netz von Gastinstitutionen in Mitglied- und assoziierten Staaten, die sich in Bezug auf ihre Kompetenzen

ergänzen. Ihnen obliegt es, ein gemeinsames Ausbildungsprogramm auszuarbeiten und bei der Europäischen Kommission einen Antrag zu stellen. Wenn das Ausbildungsprojekt angenommen und finanziert wird, schreibt das Institutionsnetz die zu besetzenden Stellen aus und rekrutiert die angehenden mobilen Forscherinnen und Forscher. Diese Aktion ist eine Fortsetzung des «Research Training Networks (RTN)» im 6. RPFE. Sie unterstützt im Übrigen weitere Aktionen, die nicht mehr unabhängig sind: Lehrstühle (EXC), Serien von Konferenzen und Sommerkurse (SCF). Die «Early Stage Training Sites» (EST) des 6. RPFE für einzelne Gastinstitutionen werden nicht mehr weitergeführt.

2. «Life long training» und Karrierehilfen für fortgeschrittene Forscherinnen und Forscher

Diese Aktion unterstützt erfahrene Forscherinnen und Forscher, die mindestens vier Jahre Forschungserfahrung und ein Doktorat haben, um eine Zeitlang in einem

anderen Mitglied- oder assoziierten Land zu arbeiten. Es liegt an ihnen, ein Forschungsprojekt und eine Gasteinrichtung, die sich für ihre Weiterbildung am besten eignet, zu suchen. Sie sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Kenntnisse entweder interdisziplinär oder innerhalb ihres Fachs, aber mittels einer neuen Methode zu erweitern. Stark gefördert werden Forschende aus Universitäten, die in der Industrie oder bei einem KMU einen Aufenthalt machen wollen und vice versa. Diese Aktion greift die unter dem Namen «European International Fellowship» (EIF) bekannten persönlichen Stipendien des 6. RPFE wieder auf. Im Übrigen werden ähnliche Rückkehrhilfen gewährt, wie sie die «European Reintegration Grants» (ERG) unter dem 6. RPFE darstellen.

Ein neues Element im 7. Rahmenprogramm (7. RPFE) wird die Unterstützung von nationalen Programmen zur Förderung des Nachwuchses durch die Europäische Kommission sein. Die Details zu diesen Finanzierungsbeiträgen sind noch nicht bekannt.

3. Partnerschaften zwischen Hochschulen und der Industrie

Mit dieser Aktion soll versucht werden, neue Partnerschaften zwischen öffentlichen Forschungsinstitutionen und der Industrie einschliesslich KMU zu errichten und bestehende zu konsolidieren. Zwei Organisationen aus verschiedenen Fachgebieten und Ländern einigen sich auf ein gemeinsames Projekt. Die Projektfinanzierung erlaubt den Austausch von fest angestellten Personen, die Rekrutierung erfahrener Forscher von ausserhalb der Partnerschaft und die Organisation von gemeinsamen Konferenzen und Work-

shops. Diese Aktivität entspricht grösstenteils der Aktion «Transfer of Knowledge (TOK)» des 6. RPFE.

4. Internationale Beziehungen

Unter diesem Titel werden erfahrene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler je nach ihrer Herkunft auf verschiedene Arten unterstützt. Die Ausreise-Stipendien, nach dem Muster «Outgoing International Fellowships» (OIF) des 6. RPFE, unterstützen Forschende aus EU- oder assoziierten Staaten, wenn sie sich in ein Land ihrer Wahl ausserhalb der Union begeben wollen, um international zu forschen und anschliessend wieder nach Europa zurückzukehren. Umgekehrt werden mit den Einreise-Stipendien nach dem Modell «Incoming International Fellowships» (IIF) Forschende aus anderen Ländern unterstützt, um für zwei Jahre in ein EU- oder assoziiertes Land zu kommen. Die Rückkehrhilfen für Unionsbürger, die mindestens 5 Jahre in einem Drittland geforscht haben, werden wie im 6. RPFE unter dem «International Reintegration Grant» (IRG) weiterhin gewährt.

Eine neue Möglichkeit sind Partnerschaften zwischen Forschungsorganisationen in Europa und einer oder mehreren Organisationen in einem Land, das mit der Europäischen Union ein Wissenschafts- und Technologie-Abkommen unterzeichnet hat.

Die Stipendien für herausragende Leistungen (EXT) und zur Bildung von Spitzenforschungsteams werden wahrscheinlich wieder aufgenommen und durch den Europäischen Forschungsrat ausgerichtet. Die Preisverleihungen (EXA) erfolgen in spezifischen Aktionen.

Capacités

Daniela di Mare, Euresearch

L'objectif principal du programme «Capacités» est d'améliorer, sur plusieurs axes, les conditions qui permettent à la recherche de mieux se développer en Europe. Nous retiendrons ici deux parmi les différentes mesures identifiées par ce programme: le soutien aux infrastructures de recherche, et le dialogue entre science et société.

Infrastructures de recherche

Comme dans le 6^e programme-cadre déjà (2002-2006), le soutien aux infrastructures vise à réunir, autour d'une problématique scientifique librement choisie, différentes infrastructures nationales en un réseau européen, afin qu'elles puissent établir un programme d'activité commun, et, simultanément, soutenir financièrement l'accès des chercheurs suisses et européens aux infrastructures qui leur sont nécessaires. Un autre objectif de la Commission européenne vise à contribuer à la création de nouvelles infrastructures de recherche d'intérêt européen dans tous les domaines de la science.

Sont considérées comme telles des installations (équipements, ensembles d'instruments), des ressources sous formes diverses (collections, archives, échantillons sous forme électronique ou matérielle), ou des services proposés par les infrastructures basées sur les technologies de la communication.

Dans le contexte du 7^e programme-cadre (2007-2013), le principal élément nouveau est l'approche stratégique mise sur pied pour la création des nouvelles infrastructures. La Commission euro-

péenne désignera des projets prioritaires sur la base des travaux actuellement en cours du «Forum européen de stratégie pour les infrastructures de recherche (ESFRI)», consacrés à l'élaboration d'une feuille de route européenne pour les nouvelles infrastructures. Il est à noter qu'un «observatoire européen de recherche pour les sciences humaines et sociales» y est mentionné.

Les personnes intéressées consulteront site de l'ESFRI pour prendre connaissance de la feuille de route qui est en train d'être préparée: www.cordis.lu/esfri/roadmap.htm et se renseigneront sur les groupes de travail, ainsi que sur les experts thématiques désignés. M. Dominique Joye (SIDOS) participe au groupe de travail sur les sciences humaines et sociales.

La science dans la société

Le volet intitulé «La science dans la société» est un prolongement important de l'activité pilote entreprise dans le 6^e programme-cadre. Ici aussi, il s'agit de créer un environnement propice à la recherche, en plaçant l'accent sur les aspects sociaux et culturels. Trois lignes d'action sont

prévues, au sein desquelles les différentes problématiques feront l'objet de mises au concours pour des projets dès 2007.

1. Gouvernance plus dynamique des relations entre la science et la société

Il s'agit ici de renforcer la collaboration entre les décideurs politiques et les chercheurs, notamment en intégrant les avis des experts scientifiques dans l'élaboration des politiques scientifiques, et sur des sujets qui touchent à la gestion du risque, au principe de précaution, aux principes éthiques fondamentaux. Parallèlement, l'objectif est aussi d'aboutir à une meilleure compréhension de la place et du rôle de la science dans la société. Pour traiter ce sujet, les connaissances provenant des disciplines de l'histoire, la sociologie et la philosophie des sciences pourront être consolidées et diffusées à l'échelle européenne.

2. Femmes chercheurs et attrait des carrières scientifiques

Un cadre d'actions sera mis en place pour renforcer la représentation des femmes dans la recherche scientifique et pour donner une plus grande place à la dimension du genre dans la recherche. Par ailleurs, pour la sensibilisation des jeunes élèves aux carrières scientifiques l'attrait des carrières scientifiques fera également l'objet de mises au concours.

3. Communication entre la science et la société

L'objectif de ce volet est de promouvoir des canaux de communication permettant au public d'être en contact avec la science. Les projets soutenus favoriseront une coopération entre les scientifiques et les professionnels des médias, en particulier dans un souci de vulgarisation.

Des infrastructures de recherche en sciences sociales: quelques éléments pour un grand débat

Dominique Joye, directeur du «Service suisse d'information et d'archivage de données pour les sciences sociales» (www.sidos.ch), participe au groupe de travail sur les sciences humaines et sociales dans le programme «Capacité». Il nous donne une idée des sujets discutés.

Introduction

Toutes les sciences se sont bien sûr fortement transformées au fur et à mesure des siècles, mais ce mouvement s'est sans doute accéléré ces dernières années. On est aujourd'hui en présence d'un modèle

fortement professionnalisé, s'appuyant sur des ensembles de données et de connaissances complexes. En outre, les sciences reconnaissent aujourd'hui l'importance de leur caractère cumulatif, s'appuyant, aussi pour les remettre en cause si nécessaire, sur les découvertes antérieures

pour produire de nouvelles connaissances. Dans ce sens, l'accès aux données, entendues au sens large,¹ est essentiel.

C'est dans ce contexte que la notion d'infrastructure scientifique prend tout son sens: il s'agit d'offrir à la recherche les moyens de fonctionner dans un environnement fortement professionnalisé. La question des infrastructures concerne ainsi toutes les sciences, en tous cas celles qui se définissent par référence à une tradition empirique. Inutile d'insister ici sur l'archétype que représente le CERN comme infrastructure pour les sciences exactes mais l'élément nouveau est que les infrastructures ne sont plus considérées comme le monopole des sciences exactes mais peuvent concerner aujourd'hui les sciences humaines et sociales. C'est en tous cas le point de vue qui a été pris par ESFRI,² dans la mesure où trois groupes de travail, dont un consacré à nos disciplines, réfléchissent actuellement à dessiner des *roadmaps* pour la recherche à venir.

Cet article abordera plus particulièrement la question des sciences sociales stricto sensu: en partant d'une réflexion sur la notion même d'infrastructure dans ce contexte, nous essaierons de dessiner ce qui est imaginable en Europe et en Suisse.³

¹ Le terme même de «données» est extrêmement gênant en français dans la mesure où les éléments sur lesquels s'appuient la démarche scientifique sont bien sûr construits par le travail scientifique lui-même. Et c'est un des enjeux majeurs de la méthodologie que de s'interroger sur les «conditions de production» des données et de leurs conséquences pour la recherche.

² Le projet ESFRI, aussi bien d'ailleurs que ses groupes de travail, est décrit à l'adresse www.cordis.lu/esfri. Les arguments développés dans cet article ne reflètent que les opinions de l'auteur.

³ Des travaux sont également en cours dans le domaine des sciences humaines. Pour des raisons de place, il ne nous est pas possible de développer ici cet aspect.

Pourquoi des infrastructures pour les sciences sociales?

La nécessité d'infrastructures pour les sciences sociales, mais aussi leur organisation et leur développement, sont sujets de débats dans la plupart des pays européens. Mais d'où vient ce besoin? Et de quelles infrastructures doit-il s'agir?

La question de base est celle des données. Dès lors que l'on adopte une démarche empirique, la question est celle de la mesure, de sa valeur scientifique et de sa qualité. Plus les connaissances augmentent, plus les hypothèses deviennent précises et plus des données de qualité sont indispensables. En outre, plus des données sont utilisées, plus leurs limites sont connues et donc plus des nouvelles données, plus fiables, sont nécessaires. Ceci explique aussi l'augmentation des exigences méthodologiques dès lors qu'il s'agit d'un champ relativement bien exploré.

Un autre élément va aussi dans le sens d'un renforcement des exigences méthodologiques: le développement de la recherche internationale. L'argument est double en l'occurrence: d'une part, les projets internationaux sélectionnent les chercheurs les plus expérimentés dans le domaine, ce qui n'est pas sans influencer les exigences méthodologiques. Mais aussi, d'autre part, les recherches internationales posent des problèmes spécifiques dans la mesure où elles demandent aussi de s'assurer de la comparabilité des instruments entre les différents pays, ce qui constitue un *challenge* méthodologique.

La tendance à utiliser une pluralité de sources de données, de les intégrer et de les croiser, pourrait aussi être mentionnée dans ce contexte. Ceci est sou-

vent nécessaire dès lors que l'on essaie de reconstruire une perspective temporelle, où le recours à des données anciennes, à la condition bien sûr qu'elles aient été conservées, représente quasiment la seule possibilité. Mais cette combinaison des sources devient aussi de plus en plus fréquente dès lors que différentes bases de données sont à disposition et que les points de vue pour l'explication se multiplient en fonction des orientations théoriques. Enfin c'est parfois une condition pour qu'une démarche interdisciplinaire puisse se mettre en œuvre.

Ces quelques lignes expliquent que les infrastructures de sciences sociales évoquées ici fassent, le plus souvent, référence aux données. Ceci n'exclut pas que différents modèles puissent être envisagés dès lors que l'on essaie de les concrétiser.

Des modèles d'infrastructure pour les sciences sociales?

Différents types d'infrastructure peuvent être évoqués suivant leur fonction et leur organisation.

1. À un extrême, on peut penser à des instruments de récolte de données. Ce serait par exemple le cas de l'enquête sociale européenne (ESS) qui a remporté le prix Descartes l'an dernier⁴ et qui consiste en l'organisation d'une enquête périodique dans les pays européens, basée à la fois sur un module répété, reprenant des informations de base, et de modules spécifiques, cons-

truits à partir d'une compétition stimulant l'ensemble de la communauté scientifique.

2. À un autre extrême, des organismes dont la mission première est la diffusion de données plutôt que leur production, comme le conseil européen des archives de données pour les sciences sociales.⁵ Une telle structure ne permet pas seulement de partager l'ensemble des données archivées au niveau européen mais pourrait aider à construire des problématiques communes de recherche ou à élaborer des projets intégrés incluant les questions de standardisation et de comparaison internationale.
3. Un élément liant, par exemple, la capacité scientifique d'analyse, l'orientation de l'information à obtenir et l'accès aux données sans oublier la capacité de formation: c'est la base du projet EROHS qui s'articulerait sur la base d'une architecture basée sur un élément central et des nœuds répartis dans l'espace européen.⁶

⁵ Cf. le site www.nsd.uib.no/cessda. Le SIDOS représente actuellement la Suisse dans ce groupe, y compris au niveau du comité.

⁶ En d'autres termes, un modèle «hub and nodes». Plus précisément, 4 objectifs sont mentionnés pour EROHS (communication de Kevin Schürer à la conférence sur les infrastructures tenue à Nottingham, décembre 2005):

1. faciliter l'accès et la partage de données existantes aux niveaux nationaux et européens;
2. le développement de standards et de documentation pour les données nationales et européennes pour améliorer leur qualité scientifique et leur potentiel;
3. la génération de nouvelles données européennes que cela soit par la collecte de nouvelles données ou la digitalisation de sources existantes;
4. l'offre de programmes de formation pour la prochaine génération de chercheurs (www.nottingham.ac.uk/ecriuk/presentations/pdf_files/P3/Schurer.pdf).

⁴ Sur cet aspect cf. le dernier numéro de ce Bulletin où un article présente à la fois l'ESS (www.europeansocialsurvey.org) et le succès de ce projet à ce prix prestigieux.

Cette description d'outils est intéressante car, de facto, elle montre non seulement trois types de données mais aussi trois types d'organisation: dans le premier cas, un modèle plus ou moins centralisé est nécessaire pour organiser la cohérence du projet; dans le second, une construction en réseau, entre des organisations nationales est envisageable; tandis que le troisième modèle suppose certes une coordination mais en même temps un point central fortement doté et capable d'orienter les travaux d'infrastructure, la construction, documentation et mise à disposition de données, en fonction des impératifs de recherche.

En conclusion, l'articulation entre niveaux européens et nationaux

Sans avoir eu la place suffisante pour approfondir les thématiques sous-jacentes, ces quelques lignes montrent un certain nombre de points importants.

1. Il y a actuellement en Europe un discours nouveau sur les infrastructures qui défend leur nécessité, y compris pour les sciences humaines et sociales et tente de structurer leur rôle dans la constitution d'un espace européen de la recherche. Ce n'est d'ailleurs pas un hasard si la part dévolue à de tels projets augmente au fur et à mesure du développement des programmes-cadres européens, y compris avec le septième PCRD qui sera prochainement implémenté.
2. Il est très important d'assurer la présence de la Suisse dans ce genre de projets dans la mesure où ils vont gui-

der le développement scientifique ces prochaines années, que ce soit en termes d'orientation stratégique de la recherche, de champ scientifique, des possibilités de publication ou de programmes de formation.

3. Assurer la présence de la Suisse signifie certes une participation à l'élaboration de la politique d'infrastructure européenne mais implique aussi d'avoir les moyens de réaliser la partie locale des «travaux d'infrastructure». Par exemple, si la Suisse veut être partie prenante dans un programme d'enquête, elle doit aussi avoir les moyens d'en organiser la partie nationale, non seulement en termes financiers mais aussi de «know-how». Autre exemple, si elle veut assurer la possibilité de participer aux ressources d'échanges de données qui fonctionnent au niveau européen, elle doit disposer d'une structure qui en organise l'accès, et en valorise les potentialités, pour les chercheurs suisses.

Un des enjeux essentiels reste cependant celui de la relation entre recherche et infrastructure: s'il est clair que de tels outils ne peuvent fonctionner qu'avec un large soutien de la communauté scientifique, leur mise en œuvre requiert des compétences professionnelles qui ne sont pas nécessairement celles des chercheurs. Il reste donc à développer des outils qui permettent la meilleure synergie possible, tant au niveau européen que suisse entre innovation, valorisation et renforcement des outils. Le projet Fors, développé par l'ASSH, est peut-être une réponse en ce sens.

Euresearch

Daniela di Mare, Euresearch

Euresearch est le réseau suisse d'information sur les programmes-cadres de recherche de l'Union européenne. Travaillant sur mandat du Secrétariat d'Etat à l'éducation et à la recherche (SER), Euresearch soutient gratuitement tous les chercheurs actifs en Suisse intéressés par les programmes-cadres de recherche.

Le réseau est composé d'un Head Office situé à Berne et de bureaux régionaux, présents dans chaque université et école polytechnique. Alors que le Head Office réunit des spécialistes des différents domaines de la recherche scientifique, les bureaux régionaux accueillent des collaborateurs généralistes qui connaissent l'ensemble du programme-cadre, de même que les spécificités de leur institution. Euresearch collabore étroitement avec le bureau de liaison SwissCore, situé à Bruxelles.

La mission de Euresearch s'oriente autour de trois axes: l'information, la motivation, le conseil.

L'information

Les collaborateurs du réseau réceptionnent au quotidien les informations provenant de la Commission européenne, et s'emploient à les retravailler puis à les diffuser sous diverses formes auprès des chercheurs. La diffusion peut prendre la forme de pages web et d'alertes électroniques, reçues de manière hebdomadaire par les chercheurs profilés selon leur choix de mots-clés sur le site web de Euresearch. Mais la diffusion s'effectue également au



moyen de «Euresearch Info», bulletin d'information mensuel comptant aujourd'hui plus de 8000 abonnés, paraissant en français et en allemand, sous format papier et électronique. Enfin, diverses publications approfondissent certains aspects, citons la brochure sur le 6^e programme-cadre (2002-2006), la collection de projets présentant des projets en cours, ou les fiches Marie Curie, détaillant les différents types de bourses de mobilité. Une information complète sur le 7^e programme-cadre (2007-2013) sera disponible dès septembre 2006.

www.euresearch.ch/fr/euresearchinfo.html
www.euresearch.ch/fr/project-collection.html

La motivation

Euresearch propose différents types d'ateliers, adaptés aux niveaux d'expé-

rience des chercheurs en matière de projets européens. L'éventail des ateliers varie de la séance d'information propédeutique pour débutants à l'atelier détaillé de préparation de projet, consacré à une problématique scientifique spécifique. En 2006, Euresearch organise des manifestations d'information et de soutien dans toute la Suisse. Les événements du printemps donnent un aperçu des différentes opportunités qu'offre le 7^e programme-cadre, ceux de l'automne abordent de manière plus spécifique les différents domaines qui seront ouverts lors des appels à propositions. Enfin, l'«Infoweek» organisée en collaboration avec le SER en janvier 2007 marque le lancement du 7^e programme-cadre et permettra de rencontrer des représentants de la Commission européenne.

www.euresearch.ch/eventsfp7/

Le conseil

Les collaborateurs des bureaux régionaux assistent le chercheur dans la préparation des formulaires administratifs. Les collaborateurs du Head Office interviennent selon leur domaine de compétence pour relire la partie scientifique des requêtes dans les différentes phases de la rédaction. Toutefois ces collaborateurs, également nommés personnes nationales de contact (NCP) selon la terminologie de la Commission européenne, ne sont pas en droit de rédiger des propositions de projets pour les chercheurs.

ESSHRA

Par le biais de la NCP pour les Sciences Humaines et Sociales, Euresearch participe depuis le mois de mars 2006 à un projet européen nommé ESSHRA (*Enlarging the Social Sciences and Humanities Research Agenda*), coordonné par la Turquie. L'objectif de ce projet qui s'étend jusqu'en juin 2008, est d'identifier les impacts des résultats de recherche déjà obtenus sur la formulation de politiques, d'identifier de futurs thèmes de recherches dans chaque pays partenaire du projet, et de proposer une conférence internationale, autour d'un thème choisi parmi les problématiques nationales. La conférence internationale organisée par la Suisse aura lieu en juin 2007. Toute personne intéressée à ce projet ou à la conférence peut remplir le questionnaire en: <http://esshra.tubitak.gov.tr/Questionnaire.aspx>

Pour toute commande de publication ou pour toute information complémentaire, n'hésitez pas à me contacter:

Daniela Di Mare

Responsable pour les domaines Sciences Humaines et Sociales, Science et Société, Bourses Marie Curie, Infrastructures de recherche. Rédactrice en chef de Euresearch INFO.

Euresearch Head Office, Berne

Tél. +41 (0)31 380 60 02

daniela.dimare@euresearch.ch

www.euresearch.ch

Avec SwissCore, la recherche suisse bénéficie d'une plateforme à Bruxelles

Depuis 1995, il existe, au cœur du quartier européen de Bruxelles un bureau de contact pour la recherche suisse. De qui dépend-il et quel en est l'intérêt direct pour les chercheurs suisses? Quels services propose-t-il pour vous aider à participer avec succès à des projets de recherche européens?

SwissCore, ce qui signifie «Swiss Contact Office for Research and Higher Education», représente les intérêts de la communauté et de la politique scientifique suisse à Bruxelles, soutient les chercheurs suisses participant ou s'intéressant au programmes de recherche de l'Union européenne (UE) et informe les acteurs et institutions suisses concernés des derniers développements de la politique scientifique européenne. De plus, SwissCore s'intéresse de près aux initiatives européennes en matière de politique d'éducation et de soutien à l'innovation.

SwissCore repose sur trois institutions qui se complètent autant du point de vue de leur rôle dans le paysage suisse de la recherche que de leurs intérêts en matière de politique européenne de recherche. SwissCore est intégré au Fonds National Suisse (FNS) qui est directement concerné par les questions comme la création d'un Conseil européen de la recherche ou la collaboration entre les programmes nationaux de recherche. Le Secrétariat d'Etat à l'éducation et à la recherche (SER), qui co-finance SwissCore, gère notamment la participation suisse dans les comités de programmes qui encadrent la Commission européenne et participe ainsi directement à la concep-



L'équipe de SwissCore: Danièle Rod Wiesner, directrice; Dr. Thomas Marty, collaborateur scientifique; Katelijne Kenis, assistante et Webmaster

tion du programme-cadre. Euresearch, partenaire de SwissCore, travaille surtout en tant que point de contact national (NCP) à accroître la participation des chercheurs suisses aux programmes-cadres.

Information et communication

- SwissCore suit activement la politique de recherche de l'UE et informe les acteurs concernés en Suisse par courrier électronique et par la newsletter «Synopsis». Parallèlement, SwissCore, en tant que représentant de la communauté scientifique suisse à Bruxelles, assure la transmission des informations sur la place scientifique suisse aux institutions européennes et aux représentations d'autres pays européens.
- SwissCore informe aussi des développements et des aspects de gestion liés au programme-cadre de l'UE ainsi que

sur d'autres programmes dans le domaine de l'éducation et l'innovation.

cussion à Bruxelles. Ces événements donnent une visibilité accrue à la recherche suisse et permettent aux chercheurs de se profiler à Bruxelles.

Etablissement de contacts et lobbying

- SwissCore aide les chercheurs suisses et les acteurs politiques à établir des réseaux de contacts à Bruxelles et est en mesure d'organiser des contacts avec des représentants de l'UE ou des experts.
- En collaboration avec la Mission de la Suisse auprès de l'UE, SwissCore organise des événements publics sur des thèmes auxquels la Suisse peut apporter une contribution particulièrement constructive et qui sont en dis-

Conseil et formation

- SwissCore offre à ses partenaires différentes formations dans le domaine de la politique de recherche européenne, par exemple des présentations individuelles en Suisse et des conférences à Bruxelles spécialement adaptées aux intérêts et besoins des participants.
- En coopération avec Euresearch, SwissCore conseille les chercheurs suisses impliqués dans des projets de recherche de l'UE (notamment sur des questions juridiques ou financières) et les assiste lors de négociations contractuelles avec la Commission européenne ou en cas de difficultés liées à la gestion de projet.

Dans le cadre de ses activités, SwissCore travaille en contact avec les représentants de la Commission européenne ainsi qu'avec les bureaux de liaison d'autres pays européens et coopère étroitement avec le conseiller scientifique de la représentation diplomatique de la Suisse auprès de l'UE.

*SwissCore, Rue du Trône 98,
B-1050 Bruxelles
Tél. +32-(0)2-549.09.80
Fax +32-(0)2-549.09.89
E-mail: infodesk@swisscore.org
Web: www.swisscore.org*

Services de SwissCore aux chercheurs suisses:

1. Informations sur la politique européenne de recherche et sur les programmes-cadres de recherche
2. Soutien et suivi pour les coordinateurs/coordinatrices de projets suisses à Bruxelles
3. Trouble-shooting de difficultés relatives à la gestion de projet en contact direct avec la Commission européenne
4. Salles de réunion et de travail entièrement équipées, à proximité de la DG Recherche (sur inscription)
5. Site Web proposant une sélection des derniers *policy papers* de l'UE, relatifs à tous les sujets de la politique de la recherche

Wissenschaftliche Zusammenarbeit in Europa hat einen Namen: COST

PD Dr. Eva M. Klaper, Leiterin COST Schweiz, Staatssekretariat für Bildung und Forschung



Schon seit 1971 gibt es eine europaweite wissenschaftliche Zusammenarbeit unter dem Kürzel COST: Dieses französische Akronym steht für **CO**opération européenne dans le domaine de la recherche **Scientifique** et **T**echnique (Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung).

Heute ist COST – neben Eureka und den EU-Rahmenprogrammen – eine der drei Säulen der europäischen Forschungszusammenarbeit. COST ist ein zwischenstaatlicher Rahmen für grenzüberschreitende und oft interdisziplinäre Koordination von nationalen Forschungsaktivitäten. Diese Forschungsinitiative ermöglicht es den verschiedenen nationalen Einrichtungen, Instituten, Hochschulen und der Privatwirtschaft, gemeinsam an einem breiten Spektrum von F&E-Tätigkeiten zu arbeiten. COST hat zum Ziel, die Bildung von Netzwerken zwischen Forschenden zu stärken, dadurch die Koordination und Kooperation zu fördern und so einen Beitrag zur Entwicklung des europäischen Forschungsraums zu leisten.

COST ist auf Grundlagenforschung und Forschung im präkompetitiven Bereich ausgerichtet. Dank der Flexibilität von COST und durch die Dynamik der europäischen Zusammenarbeit bietet sich die Möglichkeit, aktuelle Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen und aufzugreifen. Multidisziplinäres Denken und vernetzte

Forschungsarbeiten im Rahmen von COST ermöglichen es damit auch der Schweiz, sich frühzeitig in wichtige und neue Forschungsbereiche zu integrieren und auch eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Schon oft haben sich die in COST gebildeten Netzwerke später in den Projekten des EU-Rahmenprogramms bewährt. Speziell für junge Forschende bietet COST die Möglichkeit, ein internationales Netzwerk ohne bürokratischen Aufwand aufzubauen und die eigene Mobilität zu erhöhen.

COST umfasst heute 34 Mitgliedstaaten: die 25 EU-Länder sowie Bulgarien, Island, Kroatien, F.Y.R. Mazedonien, Norwegen, Rumänien, Serbien-Montenegro, Schweiz und Türkei. Israel ist als kooperierender Staat an COST beteiligt. Die Schweiz besitzt als Gründungsmitglied dieselben Rechte und Pflichten wie die anderen Mitgliedstaaten.

Die Zusammenarbeit im Rahmen von COST basiert auf vier grundlegenden Eigenschaften:

- In COST ist die Forschungseinheit eine sogenannte Aktion, welche die Koordination der nationalen Forschungsaktivitäten auf europäischer Ebene bezweckt (konzertierte Aktion).

– Forschende jedes Mitgliedstaats können Forschungsaktionen vorschlagen (=bottom up).
 – Die Forschung wird von jedem Mitgliedstaat nach eigenen Regeln national finanziert.
 – Jeder Mitgliedstaat kann frei darüber entscheiden, ob er an einer COST-Aktion teilnehmen will oder nicht (à la carte Beteiligung).

Die Eingabe von Aktionsvorschlägen erfolgt in einem zweistufigen, thematisch offenen Ausschreibungsverfahren (siehe www.cost.esf.org/opencall). Die Verwaltungskosten der Koordination werden von einem gemeinsamen COST-Budget getragen, welches aus dem laufenden EU-Rahmenprogramm bestritten wird. Finanziert werden in erster Linie Workshops, Konferenzen, kurzzeitiger Austausch von jungen Forschenden und Publikationen.

Der geistes- und sozialwissenschaftliche Fachbereich unter dem Titel «Individuals, Society, Culture and Health» wird in COST sehr breit gefasst; auch finden sich entsprechende Themen in anderen Fachbereichen, wie z.B. im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien oder sogar im Bereich der Forst-

wirtschaft. Aktuelle Themen sind – unter vielen anderen – das Studium ruraler Gesellschaften; Medienforschung in Ost- und Zentraleuropa; Menschliche und organisatorische Faktoren in der industriellen Planung; der Freizeitwert von Wäldern, aber auch geschichtliche Themen von der Antike bis zur modernen Zeit oder die Problematik der Restauration antiker Gegenstände werden bearbeitet.

Das Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) trägt die Verantwortung für die administrativen und finanziellen Belange von COST in der Schweiz. Das heisst, dass das SBF neue Aktionen für Schweizer Forschende unterzeichnet, die Delegierten in den verschiedenen COST-Gremien benennt und generell als Informationsplattform dient. Zudem unterhält die Schweiz eine kleine Budgetlinie, welche es ermöglicht, gezielt einzelne Forschungsprojekte zu unterstützen. Diese Projektförderung ist als Anschubfinanzierung konzipiert und ergänzt punktuell die nationale Projektfinanzierung.

Information: www.sbf.admin.ch oder www.cost.esf.org

Europäische Zusammenarbeit nationaler Forschungsförderer

Jürg Pfister, Schweizerischer Nationalfonds

Die nationalen Forschungsförderungsorganisationen Europas sind angesichts der internationalen Verflechtung der Wissenschaft auch auf internationaler Ebene wichtige Akteure. In Europa kooperieren sie sehr eng miteinander, insbesondere im Rahmen der European Science Foundation.

Die Gründung der «European Science Foundation» (ESF) erfolgte 1974 im Geiste eines europäischen Forschungsraums, lange bevor dieses Konzept durch die Europäische Kommission im Jahre 2000 revitalisiert wurde. Organisationen mit nationalem Mandat fanden sich zu einer europäischen Plattform zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Wissenschaftsbereich zusammen. Die ESF umfasst heute 78 Organisationen in 30 Ländern, darunter der Schweizerische Nationalfonds (SNF) und der Rat der Schweizerischen Wissenschaftlichen Akademien (CASS). Die Diversität ihrer Mitglieder – vertreten sind Forschungsförderungsorganisationen, Akademien sowie Forschungsinstitutionen (*Research Performers*) – steht sowohl für den Reichtum der ESF, als auch für ihre Schwierigkeit, eine einflussreiche und kohärente Politik zu entwickeln. So hat sich die ESF in der Vergangenheit zwar stark mit koordinierenden Massnahmen für die Forschung in Europa engagiert, zu einer eigentlichen Forschungsförderungsorganisation mit gehaltvollen eigenen Instrumenten vermochte sie sich jedoch nicht zu entwickeln, obwohl ein Grossteil der F&E-Investitionen in den Staaten Europas über ESF-Mitglieder getätigt

wird. Herausgefordert durch die aufgrund ihrer Supranationalität ungleich schlagkräftigere Europäische Union mit ihren Rahmenprogrammen, positioniert sich die ESF derzeit neu mit ihrer Strategie 2006–2010.

Die ESF unterstreicht ihre Unabhängigkeit von der Politik. Sie versteht sich als Mitgliedschaftsorganisation, welche der Erreichung der strategischen Ziele ihrer Mitglieder verpflichtet ist und unabhängige wissenschaftliche Expertise generiert. Sie grenzt sich damit einerseits von der EU als Schrittmacherin der europäischen Forschungspolitik ab, ist aber punktuell für Kooperationen mit ihr offen. Gleichzeitig positioniert sie sich ausdrücklich komplementär zum «European Research Council», der neu entstehenden Förderorganisation für Grundlagenforschung auf europäischer Ebene. Die Strategie 2006–2010 sieht drei Kategorien von ESF-Instrumenten vor:

ESF Science Strategy: Instrumente: *Forward Looks, Exploratory Workshops, Expert Boards and Committees* und *Member Organisation Fora*. Wichtige Ziele dieser Instrumente sind die Generierung von gut abgestützten, qualifizierten Perspektiven für die Wissenschaft und die For-

schungspolitik sowie die Schaffung von Plattformen, auf denen Mitgliedsorganisationen gemeinsame Probleme behandeln und lösen können.

ESF Science Synergy: Die Instrumente *EUROCORES*, *Scientific Programmes* und *Research Conferences* bezwecken die Stimulierung der Zusammenarbeit von Forschenden und Förderungsorganisationen, um neue Forschungsrichtungen auszuloten sowie paneuropäische Forschungsinitiativen zu lancieren. Gerade mit den *EUROCORES* steht ein finanziell schlagkräftiges Instrument zur Verfügung, werden mit ihnen doch unmittelbar Investitionen der beteiligten Förderungsorganisationen in Forschungsprojekte ausgelöst, welche im Falle des SNF für einen spezifischen Bereich rasch Millionenhöhe erreichen können.

ESF Science Management: Mit der Übernahme von Mandaten zur Implementierung von wichtigen grenzüberschreitenden Forschungsförderungsinitiativen

(z.B. COST), sollen diese enger auf Politik und Philosophie der ESF-Mitglieder abgestimmt werden.

Derzeit prüft die ESF eine Anpassung ihrer Führungsstruktur an die neue Strategie. Ziele sind eine Vereinfachung der Entscheidungsprozesse, engere Kooperation mit den Mitgliedsorganisationen sowie eine Aufwertung und bessere Einbindung der fünf *Standing Committees*. In diesen Expertengremien, welche das wissenschaftliche Gewissen der ESF darstellen, ist die Schweiz mit je einer Person vertreten, wobei CASS und SNF sich stets eng abstimmen. Die neue Strategie dürfte für beide Schweizer Mitgliedsorganisationen Raum für neue, interessante Kooperations- und Einflussmöglichkeiten auf europäischer Ebene bieten. Ihr Engagement ist gleichzeitig essentiell, um mit den anderen Mitgliedsorganisationen das Schiff ESF in den unruhigen Gewässern der europäischen Forschungspolitik auf Kurs zu halten.

EuroHORCs – informelle Plattform der Forschungsförderer

Die European Heads of Research Councils wurden 1992 als informelle Vereinigung der wichtigsten nationalen Forschungsförderungsorganisationen der EU gegründet. EuroHORCs hat sich seither als wichtige Stimme in der europäischen Forschungspolitik und als Beratungsorgan der Europäischen Kommission etabliert und eine Vertiefung der Zusammenarbeit ihrer Mitglieder erreicht. EuroHORCs vermag aufgrund des eng gefassten Mitgliederkreises eine gezieltere Politik als die ESF – mit der sie indes eng kooperiert – zu verfolgen. Trotz fehlender EU-Mitgliedschaft ist der SNF seit fast ihren Anfängen in EuroHORCs integriert.

Neue Präsidentinnen und Präsidenten

Schweizerische Sprachwissenschaftliche Gesellschaft

Frau Prof. Dr. **Annelies Häcki Buhofer**, Professorin für deutsche Sprachwissenschaft an der Universität Basel, ist neue Präsidentin der Schweizerischen Sprachwissenschaftlichen Gesellschaft. Sie löst Herrn Prof. Dr. **Bruno Moretti** ab, Professor für italienische Sprachwissenschaft an der Universität Bern. Wir danken Bruno Moretti für sein grosses Engagement während seiner dreijährigen Amtszeit, in der er die wissenschafts- und sprachpolitischen Aktivitäten der SSG koordiniert und an der Universität Bern für die Gesellschaft zwei Doktorandenschulen und eine Tagung – die dritten Tage der Schweizer Linguistik – organisiert hat. Annelies Häcki Buhofer danken wir für ihren bereits langjährigen verdienstvollen Einsatz im Vorstand und heissen sie als neue Präsidentin herzlich willkommen.

Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft

Ursula Häfliger, Gerhard Schnyder

*Anlässlich der Generalversammlung vom 18. November 2005 wurde Prof. Dr. **Simon Hug** von der Universität Zürich als neuer Präsident der Schweizerischen Vereinigung für Politische Wissenschaft gewählt. Er löst damit Prof. Dr. **Yannis Papadopoulos** von der Universität Lausanne als Präsident ab.*

In der dreijährigen Präsidentschaft von Yannis Papadopoulos wurden unter anderem folgende Schwerpunkte gesetzt: Professor Papadopoulos hat es sein Anliegen gemacht, eine Sensibilisierung für die Förderung der politischen Bildung in der Schweiz zu erreichen. Es wurden verschiedene Initiativen ergriffen, die von politischem Lobbying bis zur Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe der Bundesverwaltung zur Ausarbeitung eines neuen Rahmenlehrplans im Bereich politische Bildung reichten. Zudem fand eine Neuorganisation der ständigen Arbeitsgruppen der Vereinigung statt, und der Nachwuchspreis der Vereinigung wurde neu konzipiert. Der Bereich der internationalen Zusammenarbeit mit politikwissenschaftlichen Vereinigungen wurde ausgebaut, besonders im französischsprachigen Raum. So wurde im November 2005 die erste «4-Länder-Tagung» der Schweizerischen, Französischen und Belgischen Vereinigungen für Politikwissenschaften

sowie der Gesellschaft für Politikwissenschaften von Quebec abgehalten. Diese Veranstaltung soll nun – nach dem Vorbild der deutschsprachigen «3-Länder-Ta-gung» – alle zwei Jahre stattfinden.

Im Mitgliedschaftswesen gab es grosse Anstrengungen zur Anwerbung von institutionellen Neumitgliedern.

Schliesslich wurde eine vierte Auflage des Handbuchs der Schweizer Politik erarbeitet, die im Herbst 2006 im NZZ Verlag erscheinen wird.

Sein Nachfolger, Simon Hug, ist Ordinarius für Methoden der Politikwissenschaft am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich. Er ist eine international bekannte Grösse für Methoden und Vergleichende Politik und war zuvor an der Universität St. Gallen und an der University of Texas, Austin, tätig.

Rückblick und Ausblick

Sowohl der Jahresbericht 2005 als auch die Mehrjahresplanung 2008–2011 der SAGW liegen nun gedruckt vor und können beim Generalsekretariat bezogen werden:

Tel. 031 313 14 40
Fax 031 313 14 50
E-Mail: sagw@sagw.ch

Beides finden Sie auch auf der SAGW-Website:
Jahresbericht: www.sagw.ch/jahresbericht
Mehrfjahresplanung: www.sagw.ch (Portrait, Planung)

**Ich interessiere mich für die Aktivitäten der SAGW. Bitte senden Sie mir:
Les activités de l'Académie m'intéressent. Faites-moi parvenir:**

Jahresbericht 2005/Rapport annuel 2005

Programm Öffentliche Veranstaltung «La loi fédérale relative à la recherche sur l'être humain/Gesetz über die Forschung am Menschen» im Rahmen der Jahresversammlung, 16. Juni 2006, Universität Lausanne

Den monatlichen **Newsletter** an folgende E-Mail-Adresse:

Bitte schicken Sie mir den Newsletter nicht mehr (E-Mail-Adresse oben eintragen)

Name _____ Vorname _____

Institut/Firma _____

Strasse _____

PLZ _____ Ort _____

Bitte streichen Sie obenstehende Adresse aus dem Bulletinverteiler.

Einsenden oder faxen (031 313 14 50) an:

Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW)
Postfach
Hirschengraben 11
3001 Bern

Bei Fragen gibt die Akademie unter 031 313 14 40 oder sagw@sagw.ch gerne Auskunft.
Für weitere Informationen und Termine:

www.sagw.ch
www.assh.ch

Generalsekretariat

Hirschengraben 11, Postfach 8160, 3001 Bern
Tel. 031 313 14 40, Fax 031 313 14 50
www.sagw.ch, www.assh.ch
E-mail: sagw@sagw.ch

Zürcher Markus, Dr., Generalsekretär
markus.zuercher@sagw.ch

031 313 14 40

Hofer-Weyeneth Annemarie, Chefin Personal und Finanzen
annemarie.hofer@sagw.ch

031 313 14 40

Peter Christian, lic. phil., stv. Generalsekretär, Sektion III
christian.peter@sagw.ch

031 313 14 53

Ambühl Daniela, Öffentlichkeitsarbeit
daniela.ambuehl@sagw.ch

031 313 14 52

Birbaumer Nadja, lic. ès lettres, Collaboratrice scientifique, Section II
nadja.birbaumer@sagw.ch

031 313 14 47

Indermühle Gabriela, Administration
gabriela.indermuehle@sagw.ch

031 313 14 42

Kohler Christine, Administration
christine.kohler@sagw.ch

031 313 14 43

Kübli Beatrice, Öffentlichkeitsarbeit
beatrice.kuebli@sagw.ch

031 313 14 43

Quadri Delphine, Administration
delphine.quadri@sagw.ch

031 313 14 48

Stoffel Martine, lic. ès lettres, Collaboratrice scientifique
martine.stoffel@sagw.ch

031 313 14 55

Zbinden Marlis, lic. phil. hist., Wiss. Mitarbeiterin, Sektion I
zbinden@sagw.ch

031 313 14 46

